Rapperswil-Jona
Stadtrat

10. Juni 2015

Protokoll der Bürgerversammlung der Stadt Rapperswil-Jona vom Mittwoch, 10. Juni 2015, 19.30 Uhr, im Stadtsaal KREUZ

Ressort: Präsidiales
Registratur-Nr.: 12.02.11
Geschäftslaufnummer: PRS 2014-210

Leitung:	Stadtpräsident Erich Zoller
Protokoll:	Stadtschreiber-Stv. Ricardo Müller
Stimmenzähler:	Emin Akman Nicole Albrecht Vreni Buob Ursula Bürgi Gut Theres Ebinger Karl Egli Thea Egli Andrea Gasner Sabine Geiger Elisabeth Glaus Angela Glaus Fridolin Gosswiler Irene Hess Anton Leist Irene Riesen Andrea Stegmann Ursula Studer Beatrice Von Arx Störchli Werner Wolfer Lydia Wyss
Anwesende Stimmberechtigte:	1'932 Personen (10,67% von 18'081 Stimmberechtigten)

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag des Stadtrats zur Jahresrechnung 2014
   Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission

2. Initiative „Ein Stadtparlament für Rapperswil-Jona"

3. Allgemeine Umfrage

Begrüssung

Stadtpräsident Erich Zoller, begrüsst die Anwesenden im Namen des Stadtrats zur heutigen Bürgerversammlung. In seinen einleitenden Worten geht er zuerst auf den Versammlungsort Sporthalle Grünfeld ein. Dieser wurde nach vielen Jahren wieder bewusst gewählt, weil die Traktandenliste reicht befrachtet ist. Unter Traktandum 2 wird über die Initiative „Ein Stadtparlament für Rapperswil-Jona" diskutiert und entschieden. Der Aufmarsch für die heutige Versammlung bestätigt, dass es um eine zentrale Weichenstellung für unsere Stadt geht.

Es ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen, dass für die Diskussion dieses Geschäfts genügend Zeit zur Verfügung steht. Wie die Diskussion zur Initiative geführt wird, wird vor der Behandlung dieses Traktandums erörtert.

Regierungsrat Benedikt Würth ist seit letzter Woche Regierungspräsident des Kantons St. Gallen. Der Stadtrat gratuliert ganz herzlich zu dem bedeutenden und ehrenvollen Amt. An der Eröffnung des neuen Bus- und Bahnhof Jona, am 30. August, wird der Stadtrat seine Wahl angemessen würdigen. Für den Verkehrsminister des Kantons St. Gallen bietet die Eröffnungsfeier des Bus- und Bahnhofs sicher den passenden Rahmen.

Bereits am nächsten Samstag, 13. Juni 2015, findet eine weitere Eröffnung statt: Das Familienzentrum Schlüssel beherbergt die städtische Mütter- und Väterberatung, die kantonale Beratungsstelle für Familienplanung und den Verein Familienforum. Am Samstagnachmittag ab halb zwei ist das Familienzentrum für alle Interessierten offen. Das Personal dieser Beratungsstellen ist vor Ort und für die Kinder wird ein Rahmenprogramm mit Basteln, Schminken und Chasperlitheater geboten.

Zwei Wochen später, am Samstag, 27. Juni 2015, darf ein historisches Ereignis begangen werden: Das Schulhaus Burgerau wird 100 Jahre alt. Um 10.00 Uhr ist der Auftakt zum Festproprogramm. Danach ist für Verpflegung gesorgt und es wird auch Unterhaltung und Information geboten, nämlich mit szenischen Darbietungen zum Thema „Schule früher und morgen".

In Sachen Verkehr gibt zurzeit vor allem der Vorschlag der Mobilitätskommission, die Güterstrasse für die Entlastung vom Knoten City-Platz zu nutzen, zu reden. Entscheide sind noch keine gefallen. Der Stadtrat wird sich aufgrund von Rückmeldungen noch einlässlich mit dieser Thematik beschäftigen und dann das weitere Vorgehen festlegen.

Aus den Diskussionen über Verkehrsentlastungen geht hervor, dass die Variante Meienberg viel Zuspruch geniesst. Auch aus Sicht des Stadtrats hat diese Variante einige Vorzüge. Die Unterstützung aus der Bevölkerung gibt dem Anliegen Nachdruck und der

Stadtrat wird sich auch künftig dafür einsetzen, dass die Realisierbarkeit von der Variante Meienberg gleichzeitig mit den Abklärungen über die Variante Stadttunnel erfolgt.

Schloss

Zurzeit werden alle Fragen zu den Kosten, der Denkmalpflege, der technischen und finanziellen Machbarkeit abgeklärt. Auf der Basis dieser Abklärungen sehen der Ortsvewaltungsrat und der Stadtrat vor, ihren Bürgerschaften im Dezember 2015 einen Planungskredit zu unterbreiten.

Kunstzeughaus

Weder der Stadtrat noch der Kulturrat haben die Anträge des Stiftungsrats bisher in der nötigen Tiefe beraten. Das wird in den nächsten Wochen aber gemacht und das Resultat wird der Bürgerversammlung über das Budget 2016 zum Entscheid vorgelegt.

Pflegezentrum Schachen

Die Teilprojekte Vorstudie, Finanzierung und Umsetzung sind auf Kurs. Es wird davon ausgegangen, dass gegen Ende Jahr über die Schlussfolgerungen aus diesen Teilprojekten informiert werden kann.

Stadtpräsident Erich Zoller eröffnet jetzt die Bürgerversammlung vom 10. Juni 2015.

Formelles

Stadtpräsident Erich Zoller begrüsst die Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler:

- Emine Akman
- Nicole Albrecht
- Vreni Buob
- Ursula Bürgi Gut
- Theres Ebinger
- Karl Egli
- Thea Egli
- Andrea Gasner
- Sabine Geiger
- Elisabeth Glaus
- Angela Glaus
- Fridolin Gosswiler
- Irene Hess
- Anton Leist
- Irene Riesen

- Andrea Stegmann
- Ursula Studer
- Beatrice Von Arx Störchli
- Werner Wolfer
- Lydia Wyss

Das Protokoll wird von den beiden Stadtschreibern, Hansjörg Goldener und Ricardo Müller, geführt. Zur Erleichterung der Protokollführung erfolgen elektronische Aufzeichnungen, welche nach Rechtskraft des Protokolls gelöscht werden. Voten sind an den Mikrofonen unter Bekanntgabe von Vorname und Name abzugeben.

Das Versammlungsbüro ist vollzählig und damit ordnungsgemäss bestellt. Zur heutigen Bürgerversammlung wurden die Einladungen samt den notwendigen Unterlagen rechtzeitig versandt und auch die Publikation der heutigen Geschäftsordnung ist termingerecht erfolgt.

Die Traktandenliste findet sich auf der Vorderseite der Zusammenfassung. Eine Änderung oder Umstellung der Traktandenliste wird nicht verlangt. Erich Zoller, Stadtpräsident, schlägt eine kleine Änderung vor: Aus einer vorangehenden Bürgerversammlung ist ein Antrag im Zusammenhang mit der Durchführung von Skilagern offen. Er erteilt darum Schulratspräsident Thomas Rüegg das Wort und bittet ihn, dazu ein paar Ausführungen zu machen.

Thomas Rüegg, Schulratspräsident, erstattet der Bürgerversammlung wie folgt Bericht: Beim letzten Mal hat Guido Helbling an der Bürgerversammlung in der allgemeinen Umfrage den Antrag gestellt, auf der Mittel- und Oberstufe wieder drei Schneesportwochen durchzuführen. Eine grosse Mehrheit der damals versammelten Bürger hat diesem Antrag zugestimmt und die Schule hat dies inzwischen geprüft. Eine einvernehmliche Lösung liegt vor. Sie wurde auch mit dem Antragsteller besprochen. Thomas Rüegg erläutert zuerst den IST-Zustand mit zwei Schneesportwochen, welche zum jetzigen Schulbetrieb auf der Mittelschulstufe gehören. Er erwähnt auch die Klassenlagerwochen, welche unbestritten gewesen sind. Per 2017 sollen nun in der Mittelstufe, also in der vierten, fünften und sechsten Klasse, wieder drei Schneesportwochen durchgeführt werden. Die Klassenlagerwochen sind nach wie vor unbestritten. Diese Lösung kostet jährlich rund Fr. 100'000.--. In der Oberstufe behält man den Modus mit zwei Schneesportwochen bei. Dies hat einen Zusammenhang mit den dortigen Berufsfindungswochen. In der zweiten und dritten Sekundarklasse sowie in der zweiten und dritten Realklasse sind deshalb etwas andere Voraussetzungen vorhanden. Darum möchte die Schule hier bei der jetzigen Lösung bleiben. Die Klassenlagerwochen sind wie bereits erwähnt davon nicht betroffen. Der Schulratspräsident möchte diese Lösung an der Bürgerversammlung bzw. im Rahmen des Budgets vorlegen. Wichtig ist jedoch, dass diese Übereinkunft aus organisatorischen Gründen Konstanz hat. Denn es ist nicht ganz einfach, nebst der technischen Organisation auch die Leute für die Schneesportwochen zu finden. Die definitive Umsetzung ist aber wie bereits gesagt nicht schon per 2016 möglich, sondern kann frühestens im Rahmen des Budgets 2017 - mit Realisierung im ersten Quartal

2017 - erfolgen. Die Bürgerversammlung wird also im Rahmen der Budgetdiskussion 2016 definitiv darüber befinden können.

Traktandum 1

Bericht und Antrag des Stadtrats zur Jahresrechnung 2014
Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission

A. Gutachten

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Jahresrechnung der Stadt Rapperswil-Jona für das Jahr 2014 schliesst bei einem Gesamtaufwand von Fr. 149'281'484.15 und einem Gesamtertrag von Fr. 156'196'147.74 mit einem Einnahmenüberschuss von Fr. 6'914'663.59 ab. Das Budget sah ein Defizit von Fr. 2'302'100.-- vor. Die Budgetierung der Ausgaben und Einnahmen war insgesamt von guter Qualität. Die Abweichungen zum Budget belaufen sich insgesamt auf ca. 9,2 Mio. Franken. Erfreulich sind die Steuereinnahmen, welche erheblich über den budgetierten Werten liegen. Der Einnahmenüberschuss soll für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden.

Abschluss der Jahresrechnung

Die Laufende Rechnung schliesst wie folgt ab:

–	Ertrag	Fr. 156'196'147.74
–	Aufwand	Fr. 149'281'484.15
–	Einnahmenüberschuss	Fr. 6'914'663.59

Die wichtigsten Positionen sind (Plus bedeutet bei Einnahmen Verbesserung; Plus bedeutet bei Ausgaben Verschlechterung):

–	Steuereinnahmen	+ Fr.	8'200'000.--
–	Gebühren, Bezugsprovisionen	+ Fr.	210'000.--
–	Personalaufwendungen (inkl. Versicherungen)	- Fr.	210'000.--
–	Sachaufwand	- Fr.	620'000.--
–	Volksschule (Schulbetrieb)	- Fr.	60'000.--
–	Schulgelder, insbesondere Sonderschulen	- Fr.	370'000.--
–	Sozialhilfeausgaben	+ Fr.	150'000.--
–	Pflegefinanzierung	+ Fr.	830'000.--
–	Stiftung RaJoVita, Spitex	- Fr.	70'000.--
–	Zinsen (Kostenstelle); Zinsen Spezialfinanzierung (Ertrag)	+ Fr.	500'000.--
–	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	+ Fr.	310'000.--
–	Abschreibungen Debitoren, Anpassung Delkredere	+ Fr.	110'000.--
–	Informatikaufwand	- Fr.	170'000.--

–	Öffentlicher Verkehr, Aufwand	- Fr.	530'000.--
–	Baulicher Unterhalt	- Fr.	150'000.--
–	Wasser, Energie	+ Fr.	180'000.--
–	Dienstleistungen Dritter	+ Fr.	110'000.--
–	Planungsaufwendungen	+ Fr.	240'000.--
–	Liegenschaften Finanzvermögen (Ertrag)	- Fr.	450'000.--

Der Gesamtaufwand 2014 liegt 0,15% unter dem Budget, die Personalaufwendungen 0,4% und der Sachaufwand 2,4%. Die geringe Abweichung zu den budgetierten Werten beim Aufwand ist wiederum darauf zurückzuführen, dass in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit der Entlastung des Budgets diverse konkrete Massnahmen umgesetzt worden sind. Dies hat sicher ein weiteres Mal dazu beigetragen, dass die Budgetierung noch präziser wird.

Bei den Steuereinnahmen ergibt sich eine deutliche Besserstellung. Insgesamt liegen die Steuereinnahmen rund 8,2 Mio. Franken über den budgetierten Werten. Die Steuerkraft (natürliche und juristische Personen) ist höher als im Vorjahr. Damit liegt die Stadt Rapperswil-Jona im dritten Rang der 77 Gemeinden im Kanton. Die Einnahmen aus den laufenden Einkommens- und Vermögenssteuern, der Hauptsteuereinnahmeposition, ist erfreulich. Sie liegen 3,75% höher gegenüber der Rechnung 2013 und 2,7% höher als budgetiert. Die Steuerausstände sind zwar höher als im Vorjahr, jedoch immer noch deutlich unter dem kantonalen Mittel. Aus den Steuern juristischer Personen sind Einnahmen von 16,9 Mio. Franken angefallen. Dies sind 30% mehr als budgetiert.

Im Rahmen der Massnahmenpakete für die Budgets 2013 - 2015 wurde vorgesehen, die Finanzliegenschaften nicht auszugleichen, d.h. die Mehrerträge zugunsten des Steuerhaushalts zu vereinnahmen und nicht in Unterhaltsreserven zuzuweisen. Dies war auch im Budget 2014 so vorgesehen. Der Stadtrat hat nun bezüglich der Äufnung der Unterhaltsreserven der Finanzliegenschaften aufgrund von Zustandserhebungen neue Regelungen getroffen, welche im Rahmen der Jahresrechnung 2014 erstmals umgesetzt wurden. Es werden rund 0,45 Mio. Franken den Unterhaltsreserven zugewiesen.

Der Einnahmenüberschuss von 6,91 Mio. Franken soll für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden.

Laufende Rechnung

Bei den Kostenstellen ergeben sich folgende wesentlichen Abweichungen zum Budget:

Aufwand

Personalaufwand

Der Personalaufwand von 62,5 Mio. Franken für Behörden, Verwaltung, Aussendienste und Lehrpersonen unterschreitet das Budget um rund Fr. 218'000.--. Hinzu kommen Minderaufwendungen bei den Spesen von Fr. 64'000.--. Die Rückerstattungen sind mit Fr. 90'000.-- unter dem Budget. Insgesamt ergibt sich eine Unterschreitung des Personalbudgets von rund 0,22 Mio. Franken oder 0,4%.

Sachaufwand

Der Sachaufwand wurde mit 25,0 Mio. Franken (Vorjahr 25,4 Mio. Franken) veranschlagt. Die Jahresrechnung 2014 zeigt Aufwendungen von 24,4 Mio. Franken (Vorjahr 24,5 Mio. Franken). Dies ergibt für das Jahr 2014 einen Minderaufwand von 0,6 Mio. Franken oder 2,4% (Vorjahr 3,5%). Die Budgetierung des Sachaufwands erfolgt jedes Jahr von Grund auf. Trotzdem können Mehr- oder Minderaufwendungen nie ausgeschlossen werden. Beim Sachaufwand ergeben sich mit Ausnahme der Dienstleistungen und Honorare sowie des übrigen Sachaufwands durchwegs Minderaufwendungen. Beim Büro- und Schulmaterial sowie den Drucksachen ergaben sich Mehraufwendundungen bei den Inseraten sowie beim Kulturprogramm, jedoch Minderausgaben bei den Lehrmitteln, dem Anschauungs- und Verbrauchsmaterial und dem Material für Handarbeit/Werken. Bei den Anschaffungen von Mobilien, Maschinen und Fahrzeugen sind tiefere Ausgaben bei der Informatik, beim Zivilschutz, der Stadtbibliothek sowie im Schulbetrieb entstanden. Beim baulichen Unterhalt betragen die Minderaufwendungen 0,13 Mio. Franken. Damit sind die budgetierten Werte fast erreicht. Mehraufwendungen ergeben sich beim KREUZ und bei den Abwasseranlagen, beim Schwimmbad Lido sowie der Diners Club Arena. Minderaufwendungen sind bei den Verwaltungsliegenschaften, der Reinigung der Sporthalle Grünfeld, dem Schulhaus Paradies-Lenggis sowie dem baulichen Unterhalt der öffentlichen Beleuchtungen zu verzeichnen.

Bei den Dienstleistungen und Honoraren ergeben sich Mehraufwendungen bei den Anlässen und Zusammenkünften/Workshops des Stadtrats, den Expertisen/Projekten des Stadtrats sowie bei den Massnahmen zum Erscheinungsbild. Zudem fallen höhere Porti, Bank- und Postgebühren sowie Gebührenbelastungen des Einwohneramst an. Die Informatikdienstleistungen der VRSG sind ebenfalls höher als veranschlagt.

Die Aufwendungen im Bereich Kultur liegen mit 1,34 Mio. Franken rund Fr. 20'000.-- unter dem Budget.

Die Netto-Aufwendungen des Werkdienstes belaufen sich auf 3,46 Mio. Franken und liegen damit praktisch in den budgetierten Werten. Unter dem Budget liegen die Personalaufwendungen. Minderaufwendungen ergeben sich bei den Anschaffungen von Mobilien und Maschinen. Hingegen ergeben sich bei den Signalisierungen und Markierungen Mehrausgaben.

Volksschule

Im Bereich Volksschule sind Netto-Aufwendungen von 51,77 Mio. Franken budgetiert worden (Vorjahr 50,86 Mio. Franken). Die Jahresrechnung zeigt nun Aufwendungen von 50,79 Mio. Franken (Vorjahr 49,85 Mio. Franken). Es ergeben sich gegenüber dem Budget Minderaufwendungen von 0,98 Mio. Franken:

–	Personalaufwendungen Lehrpersonen (Schulleitungen ohne Sozial- und Personalversicherungen)	- Fr.	300'000.--
–	Schulliegenschaften, inkl. Personalaufwendungen	- Fr.	225'000.--
–	Schulinformatik	- Fr.	82'000.--

–	Schulbetriebskosten	- Fr.	60'000.--
–	Schulgelder, insbesondere Sonderschulen	- Fr.	370'000.--
–	Familienergänzende Kinderbetreuung	+ Fr.	11'000.--

Informatik

Gesamthaft liegen die Aufwendungen rund Fr. 178'000.-- unter dem Budget. Bei der Informatik Schule waren die Aufwendungen beim Verbrauchsmaterial und dem Softwareunterhalt sowie der Wartung/Support durch Dritte tiefer. Bei der Informatik Verwaltung ergaben sich Minderaufwendungen im Anschaffungsbereich sowie dem Unterhalt der Hardware. Bei den Einnahmen für Dienstleistungen für Dritte konnen Mehreinnahmen erzielt werden. Tiefer waren die Aufwendungen für Netzwerkdienstleistungen. Dagegen ergaben sich Mehraufwendungen beim Verbrauchsmaterial und den Dienstleistungen der VRSG.

Soziales

Insgesamt ergeben sich beim Ressort Gesellschaft Netto-Aufwendungen von 7,51 Mio. Franken, rund Fr. 300'000.-- weniger als budgetiert. Der Anteil der Stadt an den Zweckverband Soziale Dienste Linthgebiet fiel mit 1,49 Mio. Franken Fr. 226'000.-- tiefer als budgetiert aus. Für Rapperswil-Jona ergaben sich tiefere Fallzahlen. Die Netto-Aufwendungen in der finanziellen Sozialhilfe betrugen 2,98 Mio. Franken, somit rund Fr.150'000.-- mehr als budgetiert. Die Dossierzahl liegt bei 425 und hat gegenüber dem Vorjahr um 72 zugenommen. Bei den Unterbringungen in Kinder- und Jugendheimen beliefen sich die Netto-Aufwendungen auf Fr. 240'000.-- und liegen damit praktisch im Rahmen des Budgets. Die Aufwendungen bei der Kinder- und Jugendarbeit liegen bei Fr. 486'000.-- und damit rund Fr. 20'000.-- unter dem budgetierten Wert.

Bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB belaufen sich die Netto-Aufwendungen auf 1,17 Mio. Franken (Budget 1,57 Mio. Franken). Unter dem Budget liegen die Personalaufwendungen, die Dienstleistungen und Honorare, die Informatikdienstleistungen sowie die Entschädigungen an die privaten Beistände. Insgesamt liegen die Gemeindeanteile rund 0,4 Mio. Franken unter dem Budget. Der Anteil der Stadt beläuft sich auf Fr. 477'000.-- (Budget Fr. 676'300.--).

Zinsen

Budgetiert war bei der Kostenstelle Zinsen ein Netto-Ertrag von Fr. 659'000.--. Die Rechnung ist rund Fr. 520'000.-- besser. Die Verzinsung der Fremdmittelkredite war rund Fr. 470'000.-- tiefer als budgetiert. Das Zinsniveau ist weiterhin historisch tief bzw. es ergeben sich Zinssätze im Minus. Die Liquidität während des Berichtsjahrs war tiefer. Insbesondere aufgrund der hohen Investitionsausgaben waren 2014 neue Kredite notwendig. Diese Finanzierungen konnten langfristig und zu sehr tiefen Zinssätzen erfolgen. Der Bestand Ende Rechnungsjahr beläuft sich auf 85,5 Mio. Franken und damit 9,0 Mio. Franken mehr als anfangs 2014. Die durchschnittliche Verzinsung im langfristigen Bereich beläuft sich auf 2,1%.

Die Einnahmen aus Konto-Korrent-Zinsen und Bankguthaben waren aufgrund der tiefen Zinssätze nochmals geringer als budgetiert. Bei den Dividenden betreffen die Mehrein-

nahmen die Erhöhung der Dividende durch die Elektrizitätswerk Jona-Rapperswil AG.

Abschreibungen

Die ordentlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens liegen innerhalb des Budgets. Bei den Direktabschreibungen der Investitionsrechnung ergeben sich Mehraufwendungen, dies aufgrund verschiedener Verpflichtungskreditvorhaben im Direktabschreibungsbereich, welche zeitlich verschoben wurden. Die Abschreibungen im spezialfinanzierten Bereich sind innerhalb des Budgets. Die Abschreibungen beim Finanzvermögen sind tiefer als veranschlagt. Deutlich unter dem Budget sind die Abschreibungen aus Erlassen/Verlusten. Dies ist inbesondere auf die konsequente Bewirtschaftung der offenen Posten durch die zentrale Inkassestelle der Stadt zurückzuführen. Erstmals erfolgte eine Abschreibung des Berufsschulhauses (Haus 4), welche nicht im Budget enthalten war.

Gesundheit, Alter

Beim Ressort Gesundheit, Alter belaufen sich die Netto-Aufwendungen 2014 auf 6,1 Mio. Franken (Budget 5,3 Mio. Franken). Bei den Anteilen Pflegefinanzierungen ergeben sich Mehraufwendungen beim Kanton von Fr. 807'000.--. Diese Kosten sind durch die Stadt zu übernehmen. Einmalig fiel ein Betrag an den administrativen Dienst der Pro Senectute an. Die Entschädigungen an die Stiftung RaJoVita beliefen sich auf 3,78 Mio. Franken, Fr. 70'000.-- tiefer als budgetiert. Tiefer als vorgesehen waren die Beiträge an die Tagesstätte Grünfels und die Haushilfe sowie an den Sozialdienst der Pro Senectute. Die intern verrechneten Mieten für die Pflegezentren Bühl und Meienberg belaufen sich wie budgetiert auf 1,25 Mio. Franken.

Spezialfinanzierung

Bei den Spezialfinanzierungen zeigen sich folgende Bewegungen:

–	Parkierung	Einlage	Fr. 477'000.--
–	Abwasser	Einlage	Fr. 758'000.--
–	Abfall	Entnahme	Fr. 175'000.--
–	Feuerwehr/ Chemiewehr	Entnahme Feuerwehr Entnahme Chemiewehr	Fr. 306'000.-- Fr. 51'000.--

Einnahmen

Bei den Einnahmen sind die grössten Abweichungen bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

Steuern

Bei den Steuern ergeben sich insgesamt Mehreinnahmen von 8,2 Mio. Franken. Die Stadt Rapperswil-Jona verzeichnete 2014 insgesamt 17'911 Steuerpflichtige. Die Steuerkraft (natürliche und juristische Personen) beträgt im Durchschnitt Fr. 3'605.-- (Vorjahr Fr. 3'338.--). Die Steuerkraft ist damit höher als im Vorjahr und bedeutet Rang 3 der 77 Gemeinden im Kanton. Das Kantonsmittel liegt bei Fr. 2'314.-- (Vorjahr Fr. 2'214.--). Die Situation bei den Steuerausständen, den Erlassen und Abschreibungen darf als erfreulich bezeichnet werden, auch im Vergleich zum Kanton.

Die Einkommens- und Vermögenssteuern liegen rund 1,8 Mio. Franken und die Nachzahlungen rund 1,8 Mio. Franken über dem Budget. Die Nachzahlungen für frühere Jahre sind ausserordentlich schwierig zu budgetieren bzw. sind erfahrungsgemäss grösseren Schwankungen unterworfen. In der Rechnung 2014 übertreffen die Einnahmen den budgetierten Wert wesentlich.

Bei den Anteilen juristischer Personen resultieren Mehreinnahmen von rund 3,87 Mio. Franken, dies sind 30% mehr als budgetiert. Aus den Steuern juristischer Personen konnten Einnahmen von 16,87 Mio. Franken erzielt werden. Dies zeigt, dass die Unternehmen in Rapperswil-Jona solide aufgestellt sind und entsprechende Ergebnisse erzielen. Sie versteuern 2014 das Geschäftsjahr 2013, welches nach den Jahren der Finanzkreise erfreulich war. Rund 0,07 Mio. an Einnahmen ergeben sich aus Rückzahlungen von pauschalen Steueranrechnungen früherer Jahre.

Die Grundstückgewinnsteuern liegen rund Fr. 400'000.-- über dem Budget. Sie sind schwierig zu prognostizieren, da sie stark von der Anzahl der Bauland- und Grundstücksverkäufe abhängig sind.

Die Handänderungssteuern sind ebenfalls abhängig von der Anzahl Handänderungen und den erzielten Kaufpreisen. Die Mehreinnahmen bei den Handänderungssteuern belaufen sich auf rund Fr. 75'000.--.

Gebühren

Bei den Gebühren der Verwaltung sind Mehreinnahmen bei den Gebühren des Einwohneramts, der Bauverwaltung sowie beim Grundbuchamt festzustellen. Tiefere Einnahmen aus Gebühren sind beim Betreibungsamt (Fr. 55'000.--) sowie bei den Eintrittsgebühren Schwimmbad Lido und der Diners Club Arena angefallen.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung 2014 sah Ausgaben von Fr. 28'912'000.-- vor. Die Brutto-Investitionen 2014 belaufen sich auf Fr. 24'450'498.26, die Netto-Investitionen auf Fr. 22'809'161.24.

Für folgende grössere Investitionsvorhaben waren im Budget 2014 Budgettranchen enthalten, wurden jedoch nicht oder nur teilweise realisiert:

Bau, Verkehr, Umwelt		*Fr.*	*6'959'000.--*
–	Oberseestrasse, Oberseeplatz - Kinderzoo	Fr.	800'000.--
–	Erschliessung Feldli-Langrüti	Fr.	540'000.--
–	Gesamtverkehrsoptimierung, Bushof Jona/Parkhaus	Fr.	2'185'000.--
–	Gesamtverkehrsoptimierung, Bahnhof Jona, Perronkanten Ost	Fr.	718'000.--
–	Kanalisation Oberseestrasse	Fr.	300'000.--
–	Kanalisation Oberseestrasse, Anpassungen Genereller Entwässerungsplan	Fr.	200'000.--

– Erschliessung Erlen-Langrüti, Kanalisation	Fr.	750'000.--
– Abfallwesen, Sanierung Altlasten Lido	Fr.	1'036'000.--
– Abfallwesen, Strandweg, Lehmriegel Lido	Fr.	430'000.--
Bildung, Familie	*Fr.*	*500'000.--*
– Schulanlage Bollwies, Sanierung Turnhalle	Fr.	500'000.--
Liegenschaften des Finanzvermögens	*Fr.*	*1'417'000.--*
– Berufs- und Weiterbildungszentrum, Zürcherstrasse, Schulraumerweiterung	Fr.	560'000.--
– Alterswohnungen Etzelblick, Sanierung	Fr.	857'000.--

Bei folgenden Investitionsvorhaben waren die Ausgaben wesentlich höher als die budgetierte Tranche 2014:

– Schulanlage Paradies-Lenggis, Schwimmbad/Turnhalle	Fr.	1'050'000.--
– Stadtbibliothek, Innenausbau und Betriebsausstattung	Fr.	1'285'000.--
– Bürogebäude Bollwiesstrasse 4, Sanierung	Fr.	1'014'000.--

Bilanz

Die Bilanz zeigt per 31. Dezember 2014 eine Bilanzsumme von rund 211 Mio. Franken. Die Reserve für künftige Aufwandüberschüsse beträgt 24,6 Mio. Franken, was gut 33 Steuerprozenten entspricht.

Anhang

In Anwendung des Gemeindegesetzes und der Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden ist ein detaillierter Anhang mit Zusatzinformationen zur Rechnung erstellt worden. Er enthält:

1. Rechnungslegungsgrundsätze, Grundsätze zur Bilanzierung und Bewertung, Abschreibungsmethode und -sätze
2. Geldflussrechnung
3. Eigenkapitalnachweis
4. Rückstellungsspiegel
5. Beteiligungsspiegel
6. Gewährleistungsspiegel
7. Anlagespiegel (Liegenschaften- und Wertschriftenverzeichnis)
8. Managementsystem/Risikomanagement
9. Verpflichtungskredite, Investitionsvorhaben sowie
10. Zusätzliche Angaben

Wertung des Rechnungsergebnisses und finanzpolitisches Umfeld

Gemäss Finanzleitbild ist ein Richtwert von 20 Steuerprozenten für eine angemessene Reservestellung einzuhalten. Das Eigenkapital beträgt per 31. Dezember 2014 24,6 Mio. Franken. Dies entspricht rund 33 Steuerprozenten. Der Stadtrat hat, wie in den voran-

gegangenen Jahren, den Budgetprozess frühzeitig gestartet. Die genaue Budgetierung, welche sicher auch mit den Massnahmen zu den vorangegangenen Budgets zusammenhängt, hat dazu geführt, dass der Gesamtaufwand nur knapp vom budgetierten abweicht. Die wirtschaftliche Entwicklung hat wie bereits 2013 wieder zu höheren Steuereinnahmen geführt (rund 8,2 Mio. Franken).

Gemäss Finanzleitbild ist ein Richtwert von 20 Steuerprozenten für eine angemessene Reservestellung einzuhalten. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2014 24,6 Mio. Franken, was rund 33% Steuerprozenten entspricht. Die Kennzahlen 2014 zeigen, dass die Investitionen nicht vollumfänglich aus den erarbeiteten Mitteln finanziert werden konnten, die Verschuldung folglich leicht anstieg. Die Vorgaben gemäss Finanzleitbild, nämlich eine Reservestellung von rund 20 Steuerprozenten sowie eine Netto-Schuld je Einwohner in der Regel zwischen Fr. 1'000.-- und Fr. 5'000.--, sind eingehalten, der Selbstfinanzierungsgrad im gleitenden Vierjahresmittel von mindestens 100% (Durchschnitt 2011 - 2014: 97%) lediglich knapp.

Der Haushalt der Stadt Rapperswil-Jona darf weiterhin als gesund bezeichnet werden. Dank effizienter Strukturen und Prozesse ist es möglich, trotz beachtlichen Zentrumslasten weiterhin einen vergleichsweise günstigen Steuerfuss anzubieten.

Baustellen der kantonalen Finanzpolitik

Die drei Entlastungsprogramme des Kantons St. Gallen zeigen die erwartete Wirkung und haben dazu geführt, dass das strukturelle Defizit des kantonalen Finanzhaushalts beseitigt werden konnte. Allerdings bestehen noch einige Unsicherheiten, die wieder zu einer schlechteren Situation führen können. So wird die Aufhebung des Mindestkurses des Frankens zum Euro die vielen exportorientierten Unternehmen im Kanton empfindlich treffen, was letztlich auch tiefere Steuererträge nach sich ziehen könnte. Weiter hat der Kantonsrat entschieden, dass die Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank wegen der unsicheren Ertragslage nicht mehr budgetiert werden dürfen. Schliesslich ist noch offen, ob die zusätzlichen Steuereinnahmen, die durch eine Begrenzung des Pendlerabzugs anfallen würden, tatsächlich eingehen werden. Voraussichtlich wird gegen die Änderung des Steuergesetzes das Referendum ergriffen. Auf Bundesebene sind zwei Grossbaustellen auszumachen, die den st. gallischen Finanzhaushalt unter Umständen empfindlich treffen könnten. Dabei handelt es sich einerseits um die Unternehmenssteuerreform III und anderseits um eine Änderung des Bundesfinanzausgleichs.

Unter Berücksichtigung des Finanzleitbilds sowie der vorerwähnten Kennzahlen soll der Überschuss wie folgt verwendet werden:

–	Ausserordentliche Abschreibungen	Fr. 6'910'980.80
–	Einlagen in Reserve für künftige Aufwandüberschüsse	Fr. 3'682.79
Total		Fr. 6'914'663.59

Die ausserordentlichen Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Zusätzliche Abschreibungen	Betrag
Areal Zeughaus, Umbau für Marionettentheater	191'880.80
Allmeindstrasse, Werk- bis Tägernaustrasse, Ausführung	586'300.00
Stampfstrasse (SBB Unterführung bis PP Stampf)	352'500.00
Grünfeldbrücke	280'800.00
Rollstuhlgängige Altstadt	57'300.00
Schönbodenstrasse Süd, inkl. Kreisel	295'600.00
Bahnhof Jona, Fussgängerbrücke Bühl, Sanierung	183'800.00
Grüzenstrasse, Ausführung	275'000.00
Bildaustrasse, Ausführung	408'100.00
Spielplatz Schlüsselstrasse, Ergänzungen an Programm KiG	176'500.00
Ausführung Aufwertungsmassnahmen Spielplätze	78'300.00
Schlosshalde, Sicherheitsholzschlag, Sofortmassnahmen, Ersatzbepflanzung	39'700.00
Gotthelfstrasse, Ausführung	284'100.00
Grünfeld, Sporthalle, Erneuerung Gebäudeautomation	65'000.00
Seebadanstalt Bühlerallee, Sanierung Stahlkonstruktion	133'600.00
Werkhof Bildaustrasse, weitere Waschbox	105'300.00
Friedhof Jona, Erweiterung Urnenwand, Ausführung	201'900.00
Jugendzentrum Stampf, Ersatz Skateranlage	128'600.00
PZ Bühl, Umbau Altersheimabteilung in Pflegestation	162'900.00
PZ Bühl, Nutzbarmachung der Wintergärten	227'300.00
SA Burgerau, Neugestaltung Umgebung, Ausführung	378'600.00
SA Bollwies, Erneuerung der Gebäudeautomation	100'600.00
SA Wagen, Dachsanierung	20'200.00
SA Weiden, Fassaden- und Fenstersanierung, Ergänzungskredit	245'400.00
SA Kreuzstrasse, Neuorganisation Schulküche	167'700.00
SA Kreuzstrasse, Umbau Hauswartwohnung zu Kleingruppenunterricht	62'200.00
KG Säntisstrasse, Aussenraumgestaltung	108'200.00
Schulanlage Burgerau, Umbau Hauswartwohnung in Kleingruppenzimmer und Umnutzung	172'100.00
Werkdienst: Ersatz IVECO 35.10, Wischmaschine RAVO und Lastwagen-Salzstreuer	160'500.00
Informatik: Anpassung Telefonanlage, Hauptsystem und Tischapparate	37'700.00
Informatik: Audiovisuelle Hilfsmittel	96'900.00
Werkdienst: 2 Traktoren, Lieferwagen und 2 Salzstreuer	171'000.00
Werkdienst: Ersatzbeschaffung Kleinlastwagen mit Kran	111'700.00
Grüzenstrasse, Projektierung	10'000.00
Schloss, Neuausrichtung, Ergänzungskredit, Umsetzung Machbarkeitsstudie	6'300.00

Agglo-Programm: Neue Jonastrasse/St. Gallerstrasse, Strassenraumgestaltung, städtebaul. Konzept, Ergänzungskredit Studienauftrag	25'300.00
Gotthelfstrasse, Projektierung	13'300.00
Mittlere Tägernau, Grundwasserschutzmassnahmen, Projektierung	8'500.00
Schlosshalde, Gesamtgestaltung, Projektierung	26'400.00
Grünfeld, Sportanlagen, Neubau Garderoben-/ Lagergebäude, Ergänzungskredit Projektierung	8'000.00
Agglo-Programm: Neue Jonastrasse/St. Gallerstrasse, Strassenraumgestaltung, städtebaul. Konzept, Projektierung/Vertiefung Studienauftrag	82'800.00
Zustandsbericht Strasse, Erneuerung Unterhaltsplanung	18'500.00
Bürogebäude Bollwiesstrasse 4, Sanierung, Projektierung, Ergänzungskredit	644'600.00
Total	**6'910'980.80**
Einlage Reserve künftige Aufwandüberschüsse	3'682.79
Rechnungsergebnis	**6'914'663.59**

B. Ergänzende Ausführungen von Stadtpräsident Erich Zoller

Vor Eintritt auf die Rechnung wird noch auf drei Fehler in den Unterlagen zur Bürgerversammlung hingewiesen. In der Kurzform hat es auf Seite 5 unten einige Zahlen verrissen; sie sind um eine Spalte verschoben. Und beim Antrag des Stadtrats für die Gewinnverwendung ist auf die Abschreibungstabelle auf Seite 8 verwiesen. Diese Abschreibungstabelle ist aber nicht in der Kurzform, sondern nur in der umfassenden Rechnung abgebildet.

In der umfassenden Rechnung ist auf Seite 34 ein weiterer Fehler: Der Aufwand für die Stadtbibliothek ist mit 10'040'800 Franken angegeben. Effektiv sind es 1'040'800 Franken. Und die Budgetüberschreitung beträgt nicht 110'000 Franken, sondern nur 11'000 Franken. Stadtpräsident Erich Zoller entschuldigt sich für die ärgerlichen Fehler. Sie sollen nicht mehr vorkommen.

Laufende Rechnung

Die Jahresrechnung der Stadt Rapperswil-Jona für das Jahr 2014 schliesst vor der Verbuchung des Ertragsüberschusses bei einem Gesamtaufwand von Fr. 149'281'484.15 und einem Gesamtertrag von Fr. 156'196'147.74 mit einem Gewinn von Fr. 6'914'663.59 ab. Im Budget war ein Ausgabenüberschuss von Fr. 2'302'100.-- vorgesehen.

Das Resultat ist um neun Millionen Franken besser als der Voranschlag. Eigentlich würde die Verbesserung noch eine halbe Million höher liegen. Der Stadtrat hat aber aufgrund des guten Resultats beschlossen, die Unterhaltsreserven für Finanzliegenschaften ausserhalb vom Budget um Fr. 450'000.-- zu äufnen. Mit der neuen Regelung werden nur noch für die Finanzliegenschaften Unterhaltsreserven gebildet, wo der Bestand für die Instandhaltungs- und Instandsetzungaufgaben für die nächsten zehn Jahre nicht

reicht. Die Erträge auf den Finanzliegenschaften, wo der Bestand genügend hoch ist, fliessen in den allgemeinen Gemeindehaushalt.

Die Verbesserung von rund 9 Mio. Franken gegenüber dem Budget ist zum allergrössten Teil auf über Erwarten hohe Steuererträge zurückzuführen. Vor allem bei den Steuern der juristischen Personen, also der Gewinn- und Kapitalsteuern, hat der Kanton der Stadt Rapperswil-Jona vier Millionen mehr überwiesen, als wir budgetiert haben. Beim Aufwand fallen vor allem die höheren Kosten von rund 1 Mio. Franken für die Pflegefinanzierung auf. Hier ist jetzt aber ein Plafond erreicht und künftige Steigerungen werden nach Angaben des Kantons im tiefen einstelligen Prozentbereich liegen.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung 2014 hat Ausgaben von 28,9 Mio.Franken vorgesehen. Effektiv belaufen sich die Bruttoinvestitionen auf 24,5 Mio. Franken. Damit ist wie schon im Vorjahr doch ein stattlicher Teil der geplanten Vorhaben auch umgesetzt worden.

Vor der Eröffnung der Diskussion bringt Stadtpräsident Erich Zoller noch einen wichtigen Hinweis an: Der Stadtrat und die GPK haben unterschiedliche Anträge über die Verwendung des Ertragsüberschusses gestellt. Ein solcher Doppelantrag ist in der Stadt Rapperswil-Jona nicht üblich. Das hat den Stadtrat letztlich bewogen, nochmals über die Bücher zu gehen. Er hat dabei beschlossen, seinen Antrag zurückzuziehen und stattdessen der Bürgerversammlung zusammen mit der GPK **einen** gemeinsamen Antrag vorzulegen, der wie folgt lautet:

Der Ertragsüberschuss von Fr. 6'914'663.59 wird wie folgt verwendet:

- 3 Mio. Franken werden dem Eigenkapital zugewiesen, das damit wieder die gleiche Höhe wie zum Zeitpunkt der Vereinigung aufweist.
- 3,9 Mio. Franken werden für zusätzliche Abschreibungen verwendet.
- Die beiden bisherigen Anträge von Stadtrat und GPK zur Gewinnverwendung werden zugunsten des neuen gemeinsamen Antrags zurückgezogen.

Der Präsident der GPK wird sich vor der Abstimmung zum Antrag äussern.

C. Diskussion

Stadtpräsident Erich Zoller eröffnet die Diskussion. Sie wird nicht benützt.

D. Bemerkungen und Antrag Geschäftsprüfungskommission zur Jahresrechnung 2014

Hermann Blöchlinger, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, macht ein paar Vorbemerkungen zum Antrag der Geschäftsprüfungskommission. Er freut sich mit der Bürgerschaft über das gute Rechnungsergebnis von annähernd 7 Mio. Franken und das grosse Interesse für die Auswirkungen auf die Jahresrechnung. Die aktive Teilnahme an der Bürgerversammlung bestätigt dies. Hermann Blöchlinger weist auf die Einschränkung der GPK im Antrag hin. Bei den vom Stadtrat ausgewiesenen betriebsnotwendigen Unterhaltsrückstellungen im Finanzvermögen in der Höhe von 14 Mio. Franken handelt es sich eindeutig um aufgeschobene und nicht erledigte Unterhaltsarbeiten für Liegen-

schaften im Finanzvermögen. Rückstellungen sind Fremdkapital und gehören damit weder zu den Vorfinanzierungen noch zum Eigenkapital. Das Fremdkapital ist in den letzten Jahren um 14 Mio. Franken zu gut dargestellt worden und damit auch falsch ausgewiesen. Der GPK-Präsident weist noch auf vertiefte Prüfungshandlungen wie beispielsweise bezüglich IKS, laufende Amtsführung im 2014 sowie beim Steuerantrag und dem Voranschlag 2015 hin. Er würdigt und verdankt den sehr guten Stand des IKS, die Arbeit von Stadt- und Schulrat, der Kommissionen sowie der Mitarbeitenden der Stadt Rapperswil-Jona. Die GPK gibt unter dem Vorbehalt der erwähnten Einschränkung ein positives Prüfungsurteil ab.

Die GPK stellt folgenden Antrag:

Die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Rechnungsjahr sei trotz vorerwähnter Einschränkung zu genehmigen.

E. Abstimmung

Antrag Geschäftsprüfungskommission

Dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission, die Gemeinderechnung für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Rechnungsjahr sei zu genehmigen, wird mit ein paar wenigen Enthaltungen zugestimmt.

F. Bemerkungen und Antrag Geschäftsprüfungskommission zur Gewinnverwendung

Hermann Blöchlinger, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, hat Bemerkungen zur vom Stadtrat beantragten Gewinnverwendung und zum Antrag der GPK. Er verweist auf die im Bürgerversammlungsheft formulierten beiden Anträge. Die GPK zieht ihren ursprünglichen Antrag mit Blick auf einen Neuantrag des Stadtrats zurück. Sie wird anschliessend einen Neuantrag einbringen. Der GPK-Präsident übergibt dem Stadtpräsidenten Erich Zoller das Wort.

Der Stadtrat zieht aufgrund der Ankündigung der GPK auch seinen Antrag zurück. Dies zu Gunsten eines gemeinsamen Antrags von Stadtrat und GPK.

Antrag Stadtrat und GPK

Der gemeinsame Antrag von Stadtrat und GPK lautet wie folgt:

Der Ertragsüberschuss von Fr. 6'914'663.59 wird wie folgt verwendet:

- 3 Mio. Franken werden dem Eigenkapital zugewiesen, das damit wieder die gleiche Höhe wie zum Zeitpunkt der Vereinigung aufweist.
- 3,9 Mio. Franken werden für zusätzliche Abschreibungen verwendet.

G. Diskussion

Stadtpräsident Erich Zoller eröffnet die Diskussion über den gemeinsamen Antrag. Es meldet sich Toni Kühne, Vertreter der CVP Rapperswil-Jona. Die CVP nimmt mit Interes-

se vom gemeinsamen Antrag Kenntnis und unterstützt diesen. Es sind in den letzten sieben Jahren über 36 Mio. Franken ausserordentliche Abschreibungen und Spezialfinanzierungen geäufnet worden. Darum ist der gemeinsame Antrag richtig. 3 Mio. Franken entsprechen zirka vier Steuerprozenten. Die Stadt ist auch schon froh gewesen, dass auf das Eigenkapital zurückgegriffen werden konnte. Es ist eine gute Investition in die Zukunft, indem in Bezug auf Steuerfussausgleiche in Zukunft mehr Möglichkeiten bestehen. Die CVP empfiehlt deshalb dem gemeinsamen Antrag von Stadtrat und GPK zuzustimmen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Traktandum.

H. Abstimmung

Dem gemeinsamen Antrag des Stadtrats und der GPK wird mit wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen zugestimmt.

I. Beschluss

Die Beschlüsse lauten somit wie folgt:

1. Die vorliegende Jahresrechnung 2014 der Politischen Gemeinde Rapperswil-Jona wird genehmigt.

2. Dem gemeinsamen Antrag von Stadtrat und GPK bezüglich der Gewinnverwendung wird wie folgt zugestimmt:

   Der Ertragsüberschuss von Fr. 6‘914‘663.59 wird wie folgt verwendet:

   - 3 Mio. Franken werden dem Eigenkapital zugewiesen, das damit wieder die gleiche Höhe wie zum Zeitpunkt der Vereinigung aufweist.
   - 3,9 Mio. Franken werden für zusätzliche Abschreibungen verwendet.
   - Die beiden bisherigen Anträge von Stadtrat und GPK zur Gewinnverwendung werden zugunsten des neuen gemeinsamen Antrags zurückgezogen.

Traktandum 2

Bericht und Antrag Parlamentsinitiative

A. Gutachten

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Ein überparteiliches Komitee hat am 10. Dezember 2014 ein Volksbegehren zur Änderung der Gemeindeordnung eingereicht. Nach den Initianten soll in Rapperswil-Jona ein Parlament eingeführt werden. Die Initiative „Ein Stadtparlament für Rapperswil-Jona" ist mit 1'130 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Für das Zustandekommen sind gemäss Art. 25 der Gemeindeordnung 600 Unterschriften notwendig.

Das Wesentliche im Überblick

Die Initiative verlangt eine Änderung der Organisationsform der Politischen Gemeinde Rapperswil-Jona. Gemäss Art. 19 des Gemeindegesetzes (sGS 151.2; GG) kann sich die Gemeinde durch die Gemeindeordnung als Gemeinde mit Bürgerversammlung oder als Gemeinde mit Parlament organisieren. Bei der Organisationsform mit Bürgerversammlung berät und beschliesst die Bürgerschaft an der Bürgerversammlung, soweit nicht Urnenabstimmungen durchgeführt werden. Der Rat besorgt die laufenden Geschäfte und stellt der Bürgerschaft Anträge. Die Geschäftsprüfungskommission prüft die Amtsführung von Rat und Verwaltung und übt die Rechnungskontrolle aus. Dagegen vertritt bei der Organisationsform mit Parlament das Parlament die Bürgerschaft. Die Bürgerschaft übt an der Urne die ihr vorbehaltenen Befugnisse aus. Der Rat besorgt die laufenden Geschäfte und stellt dem Parlament Anträge.

Aufgrund der Initiative würden die Mitglieder des Stadtrats von sieben auf fünf reduziert. Der Schulrat würde in der bisherigen Form beibehalten. Im Weiteren ist vorgesehen, verschiedene Kommissionen einzuführen. Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission würden neu aus der Mitte des Parlaments gewählt und nicht mehr durch das Volk. Vorgesehen ist, dass die Politische Gemeinde Rapperswil-Jona aus einem Wahlkreis besteht. Die Mitglieder des Parlaments würden nach dem Proporzwahlsystem gewählt.

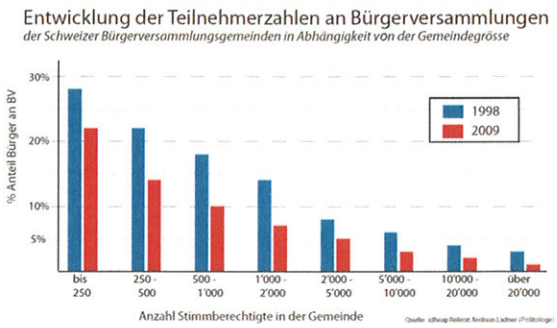
Die Initianten begründen ihr Begehren folgendermassen:

Der richtige Zeitpunkt für den nächsten Schritt

Rapperswil-Jona wurde mit der Vereinigung im Jahr 2007 zur zweitgrössten Stadt des Kantons. Die Stadt hat den Zusammenschluss aus organisatorischer Sicht verdaut und ist bereit für einen nächsten Entwicklungsschritt. Mit der Grösse sind die politischen Geschäfte wesentlich anspruchsvoller und komplexer geworden. Dennoch werden diese Geschäfte heute noch gleich behandelt wie in einer Gemeinde mit wenigen tausend Einwohnern – nämlich an der Bürgerversammlung. Dort ist eine vertiefte Auseinandersetzung gar nicht möglich. Die Vorlagen kommen direkt vom Stadtrat zur Bürgerschaft, die eigentlich nur noch ja oder nein sagen kann.

Die Konsequenz: Nur noch ein verschwindend kleiner Teil nimmt an den Bürgerversammlungen teil. Während in kleineren Gemeinden noch 10 - 20% der Stimmberechtig-

ten Bürgerversammlungen besuchen, sind es in Rapperswil-Jona meist weniger als 2%. Rapperswil-Jona ist der Bürgerversammlung entwachsen. Es ist der richtige Zeitpunkt ein Stadtparlament einzuführen. Damit wird der Erfolg von Rapperswil-Jona langfristig gesichert.



Die prozentuale Beteiligung an Bürgerversammlungen nimmt massiv ab. Zwischen 1998 und 2009 war dieser Rückgang in grossen Gemeinden besonders ausgeprägt.

Um was es geht (und um was nicht)

Kern der Initiative ist die Einführung eines Stadtparlaments. Das Parlament zählt 36 Mitglieder und übernimmt teilweise Aufgaben der Bürgerversammlung, teilweise teilt es sich Aufgaben mit dem Stadtrat, beispielsweise bei der Gesetzgebung. Es wird alle vier Jahre vom Volk gewählt und ist damit dem Volk Rechenschaft schuldig. Die Bürgerschaft hat bei wichtigen Geschäften an der Urne weiterhin das letzte Wort.

Der Stadtrat behält eine zentrale Rolle, indem er Geschäfte vorbereitet und viele Entscheide weiterhin eigenständig treffen kann. Die Initiative beinhaltet zudem die Verkleinerung des Stadtrats von sieben auf fünf Mitglieder. Dadurch haben alle Stadträte in etwa gleich grosse Pensen. Die heutige Zweiklassengesellschaft zwischen haupt- und nebenamtlichen Stadträten entfällt. Die Stadträte können sich so gleichermassen in alle wichtigen Themen einarbeiten und der Stadtrat wird als Gesamtes schlagkräftiger.

Beim Schulrat schlägt das Komitee bewusst keine Änderung vor. Es gibt hier aus Sicht des Komitees kein eindeutig besseres Modell als das Bestehende und es soll nicht etwas einfach des Änderns willen geändert werden.

Auch machen weder die Initiative noch die heutige Gemeindeordnung eine Aussage zum Stadtforum. Der Entscheid ob und in welcher Form ein Stadtforum weitergeführt wird, liegt in der alleinigen Verantwortung des Stadtrats.

Der Nutzen der Initiative

Mehr Transparenz und Sorgfalt

Mit einem Stadtparlament erfahren die Bürgerinnen und Bürger früher von wichtigen Projekten. Sie können sich so auch früher einbringen und werden nicht erst an der Bürgerversammlung vor praktisch vollendete Tatsachen gestellt.

Im Parlament werden die Vorlagen sorgfältig geprüft. Die Ergebnisse der Kommissionssitzungen und die Beratung im Parlament sind öffentlich. Der Bürger sieht, wie sich eine Entscheidung entwickelt, und kann sich über die Parlamentarier einbringen. In diesem Prozess können Vorlagen verbessert werden. Dadurch kann der Entscheidungsprozess zwar etwas länger dauern, dafür steigt die Qualität der Entscheide, deren Akzeptanz in der Bevölkerung sowie das Vertrauen in die Behörden.

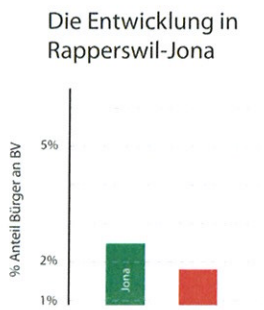
Näher an Bürgerinnen und Bürgern

Die 36 Miliz-Parlamentarier sind nahe an der Bevölkerung, denn sie sind in das Leben der Stadt integriert. Sie erleben tagtäglich, was die Menschen in Rapperswil-Jona bewegt. Die Parlamentarier müssen für ihre Entscheidungen und deren Kosten in ihrem Umfeld gerade stehen.

Natürlich bleiben Stadtrat und Verwaltung auch nach Einführung eines Parlaments für die Bevölkerung zentrale Ansprechpartner. Auch das Stadtforum kann als Austauschplattform für Stadtrat und Vereine bestehen bleiben. Mit dem Parlament werden diese Möglichkeiten um eine wichtige Option erweitert. So ist es viel wahrscheinlicher einen Parlamentarier persönlich zu kennen, als einen Stadtrat oder Chefbeamten.

Die Bürgerversammlung als einen Teil von Bürgernähe zu sehen greift zudem zu kurz. Dort werden fertige Entscheidungen präsentiert, die kaum mehr zu beeinflussen sind. Sie können höchstens noch gestoppt werden. Auch sind die Formalitäten an der Versammlung anspruchsvoll, d.h. es ist gar nicht so einfach einen gültigen Antrag einzubringen. So wurden in der letzten Zeit viele Anträge zu unverbindlichen Konsultativabstimmungen degradiert.

Es überrascht daher nicht, dass das Interesse der Bevölkerung an der Bürgerversammlung stark rückläufig ist. So lag die durchschnittliche Beteiligung 2014 noch bei 1,6%, ein Drittel weniger als 1998. Viele Bürger können auch aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Schichtarbeit nicht an der Versammlung teilnehmen. Bei einer solch tiefen Beteiligung besteht überdies die Gefahr, dass relativ kleine Gruppen einen Entscheid an der Bürgerversammlung durchsetzen können. An Urnenabstimmungen beteiligen sich im Schnitt hingegen 25 Mal mehr Bürgerinnen und Bürger (rund 40%).

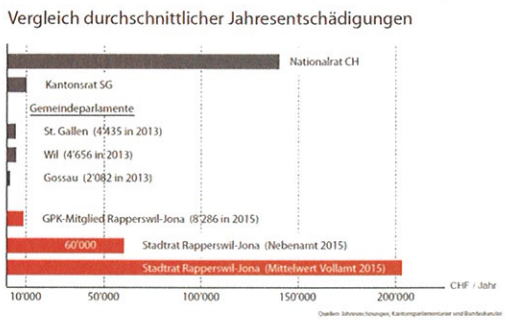


Bereits vor der Fusion war die Beteiligung an Bürgerversammlungen tief. Nimmt man Rapperswil und Jona zusammen, so nahmen 1998 nur 2,4% der Stimmberechtigten teil.

2014 waren es gerade noch 1,6%, und dies obwohl es ein Jahr mit überdurchschnittlicher Beteiligung war (2013 z.B. nur 1,3%).

Ein kostengünstiges und kostensparendes Parlament

Häufig werden die Kosten eines Parlaments als Gegenargument eingebracht. Die konkreten Zahlen anderer Parlamente widerlegen dies klar. Der grösste Kostenpunkt eines Parlamentsbetriebs sind die Sitzungsgelder. Diese Entschädigungen sind jedoch nicht mit denen von Voll- und Teilzeitpolitikern zu vergleichen. Sie liegen bei den Stadtparlamenten im Kanton St. Gallen zwischen ca. 2'000 und 4'700 Franken pro Jahr (inkl. Infrastrukturbeiträge, Fraktionsbeitrag und Sozialabgaben).



Parlamentsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit eine massvolle Entschädigung. Es ist davon auszugehen, dass diese für Rapperswil-Jona im Bereich der Städte Wil und St. Gallen zu liegen kommt, d.h. jährlich rund 4'500 Franken betragen dürfte. Damit kostet der Ratsbetrieb kaum mehr als die Bürgerversammlungen.

Nimmt man die Stadt Wil (teuerstes Parlament pro Kopf bei 45 Sitzen) als Vergleich, so würde der Parlamentsbetrieb in Rapperswil-Jona - unter Berücksichtigung der geringeren Sitzzahl von 36 rund 300'000 Franken kosten. Das sind rund 11 Franken pro Einwohner. Darin sind Kosten für die Verwaltung in Höhe von rund 50'000 Franken bereits eingerechnet!

Das heutige System mit 2 Bürgerversammlungen pro Jahr kostet auf der Basis von Angaben der Stadtkanzlei inkl. der Gesamtentschädigung für die GPK rund 175'000 Franken. Nicht enthalten sind dabei der Aufwand der Verwaltung für die Vorbereitung der Bürgerversammlungen und die Bearbeitung von Anfragen von Parteien, Stadtforumsmitgliedern, der Geschäftsprüfungskommission und Bürgern. Zählt man diese dazu, kostet das heutige System gegen 250'000 Franken. Die Differenz entspricht daher in etwa 50'000 Franken oder etwa 2 Franken pro Einwohner.

Bedeutend wichtiger sind aber jene Kosten, die durch ein Parlament vermieden werden können. So führte der Stadtrat zum Teil ausufernde Partizipationsprozesse durch, weil bisher kein Parlament zur Verfügung steht, um verschiedene Themen weiterzuentwikkeln. Diese Planungen kosteten im Fall der Mobilitätszukunft offiziell rund 900'000 Franken, beim Schloss über CHF 400'000 Franken (Stadt und Ortsgemeinde).

Mit dem Stadtparlament können diese und andere Kosten reduziert oder gar vermieden werden. Die Partizipationsmöglichkeiten über den Einbezug von Quartieren und Vereinen, z.B. im Rahmen des Stadtforums, bleiben bestehen.

Weniger teure Planungsfehler und mehr Bewegung

Neben den direkten Kosten für den Parlamentsbetrieb fallen auch die Einsparungen durch verbesserte Projekte und die Verhinderung von Planungsfehlern ins Gewicht.

So werden im Stadtparlament die Projekte der Stadt kritisch durchleuchtet. In einem ersten Schritt beschäftigt sich eine Kommission mit einer Vorlage und berät sie detailliert. Danach geht sie zur Behandlung ins Parlament, wo sich alle 36 Mitglieder mit der Vorlage auseinandersetzen und darüber entscheiden. Die Ergebnisse der Kommission und die Beratung im Parlament sind öffentlich. Die Bürger sehen so, wie ihre Vertreter entscheiden und können dies bei den Wahlen berücksichtigen. Dies treibt die Parlamentsmitglieder zu einer sorgfältigen Arbeit an. Zudem werden sie auch die Kosten im Auge behalten, denn das Parlament muss gegenüber den Bürgern auch für den Steuerfuss gerade stehen.

Bei Liegenschaftsgeschäften kann die Liegenschaftskommission bei Käufen ab 1'000'000 bis 3'000'000 Franken und bei Verkäufen von 750'000 bis 2'000'000 Franken abschliessend entscheiden. So können unbestrittene Geschäfte schnell abgewickelt werden - so wie heute.

Das Parlament kann Entwicklungen selbst vorantreiben, wenn der Stadtrat sie nicht von sich aus in die Hand nimmt. Viele Bürgerinnen und Bürger sind heute der Meinung, dass sich in wichtigen Themen wie Stadtplanung, Verkehr, Schloss, Umnutzung Circusmuseum etc. zu wenig bewegt. Auch die Planung des Pflegeheims wäre durch ein Stadtparlament früher angestossen worden. Das Parlament kann bestehende Blockaden aufbrechen und wieder mehr Bewegung in die Stadt bringen. Dies ist für die zukünftige Entwicklung und den Erfolg der Stadt von grosser Bedeutung.

Zudem sind die Quartiere und Verbände nicht mehr allein vom Stadtrat abhängig, wenn sie ihre Anliegen einbringen wollen.

Ein erprobtes Milizsystem

Auf Gemeindeebene ist das Milizsystem sehr wirkungsvoll. Im Parlament engagieren sich Menschen, die in der Stadt vielfältig engagiert und stark vernetzt sind. Sie engagieren sich, weil ihnen die Entwicklung der Stadt am Herzen liegt und weil sie Dinge voranbringen wollen.

Die Parlamentsmitglieder vertreten die vielfältigen Interessen der Bevölkerung und bringen Wissen und Erfahrungen aus verschiedensten beruflichen und privaten Hintergründen mit. Sie erhalten mit dem Stadtparlament eine Möglichkeit, sich in einem verbindlichen Rahmen zu engagieren – auch ohne Parteizugehörigkeit. Schon heute engagieren sich hunderte Einwohner in verschiedenen Vereinen, Parteien und Gruppen für die Stadt. Es wird also genügend geeignete Kandidaten haben, aus denen die Bürger auswählen können.

Das Parlament ermöglicht, dass sich Nachwuchs für den Stadtrat entwickelt. Personen können sich über die Parlamentstätigkeit mit den Themen der Stadt vertraut machen. Zudem sieht der Bürger, wie sich eine Person im Parlament bewährt und welche Personen und Interessen sie vertritt. Wahlen wie 2012, wo politisch weitgehend unbekannte Personen antraten, werden zur Ausnahme.

Ein besser aufgestellter Stadtrat

Im Stadtrat herrscht heute mit drei vollamtlich und vier nebenamtlich (40%) tätigen Mitgliedern eine unausgewogene Situation vor.

Die nebenamtlichen Stadtratsmitglieder können sich nicht in gleicher Weise in alle wichtigen Dossiers einarbeiten. Sie tragen in ihrem Ressort keine direkte Personalverantwortung, was mitunter Führungsprobleme nach sich zieht. Bei einem gleichbleibenden Total von 460 Stellenprozenten haben die neu fünf Stadträte ein vergleichbares Pensum von je ca. 70-100%. Der Stadtrat wird als Ganzes schlagkräftiger.

Es hat sich auch gezeigt, dass mit sieben Stadträten eine effiziente Organisation der Verwaltung schwierig ist. So hat der Stadtrat beispielswiese keine Lösung für die seit langem bekannte, problematische Trennung von Bau- und Liegenschaftsverwaltung gefunden. Mit einem fünfköpfigen Stadtrat können sinnvollere Einheiten geschaffen werden.

Warum eine komplett neue Gemeindeordnung?

Das Initiativkomitee hat sich ganz bewusst für den aufwändigen Weg einer gesamten Gemeindeordnung entschieden. Es wollte der Bürgerschaft einen konkreten und vollständigen Vorschlag unterbreiten. Dadurch musste sich das Komitee mit allen relevanten Fragen auseinandersetzen und einen konkreten Lösungsvorschlag erarbeiten. Die Bürgerschaft kauft keine Katze im Sack! Die Zuständigkeiten und Kompetenzen von Bürgerschaft, Stadtparlament, Stadtrat und Schulrat sind klar und in sich stimmig definiert.

Das Initiativkomitee schlägt in der Gemeindeordnung nur Regelungen vor, die sich andernorts über lange Zeit bewährt haben. Sie sind auf die Bedürfnisse von Rapperswil-Jona angepasst.

Wichtig war dem Komitee bei der Ausarbeitung, dass die Rechte der Bürgerschaft an der Urne nicht geschmälert, sondern gezielt gestärkt werden. Bei wichtigen Entscheidungen behalten die Bürger das letzte Wort.

Auch der Stadtrat bleibt handlungsfähig. Seine Kompetenzen orientieren sich inhaltlich an denen der Stadträte in St. Gallen, Wil und Gossau. Die Verkleinerung des Stadtrats auf fünf Mitglieder ist Teil eines ausgewogenen Vorschlags.

Der richtige Schritt zur richtigen Zeit

Das Komitee ist überzeugt, eine ausgereifte und inhaltlich ausgewogene Gemeindeordnung vorzulegen, die Ihre Unterstützung, liebe Bürgerinnen und Bürger, verdient. Es steht der Bürgerschaft frei, an der Bürgerversammlung noch einzelne Punkte anzupassen.

Wichtig ist, dass Rapperswil-Jona jetzt den Schritt zu einer Parlamentsgemeinde macht. Die Stadt ist reif für diesen Entwicklungsschritt. Wir dürfen diese Gelegenheit nicht verpassen!

Das Initiativkomitee

Beer Schuler Elisabeth, Eichwiesstrasse 11

Dormann Thomas, Oberseestrasse 100

Kamm Daniel, Blumenaustrasse 27

Keller-Inhelder Barbara, Zürcherstrasse 190

Kurfürst Yves, Erlenstrasse 97

Rickert Nils, Werkstrasse 20

Schnyder Norbert, Holzwiesstrasse 35

Schuler Beat, Eichwiesstrasse 11

Willy Rinaldo, Oberer Gubel 16

Zeis Hubert, Oberseestrasse 59

Stellungnahme Stadtrat

Der Stadtrat empfiehlt der Bürgerschaft, die Initiative abzulehnen. Er hat sich in den vergangenen Wochen intensiv mit dem Inhalt des Begehrens befasst und lehnt die Initiative in der vorliegenden Form ab. Die Vorlage des überparteilichen Komitees ist nach Ansicht des Stadtrats nicht ausgewogen. Die nachfolgenden Gründe sprechen kurz zusammengefasst gegen die Einführung eines Parlaments:

- das Parlament wäre zu gross;
- die Finanzbefugnisse sind nicht angemessen;
- die vorgesehene Liegenschaftenkommission ist nicht effizient;
- unterschiedliche Ratsgrössen von Stadtrat und Schulrat machen keinen Sinn;
- die Kompetenzen des Stadtrats würden beschnitten;
- die Bürgerversammlung ginge verloren;
- neben einem Parlament wäre die Fortführung des Stadtforums nicht praktikabel
- eine Organisationsüberprüfung von Behörden und Verwaltung wird unabhängig der Initiative geplant.

Eine ausführliche Begründung zur Haltung des Stadtrats finden Sie weiter unten im Abschnitt „Warum der Stadtrat die Initiative ablehnt".

Die Initiative

Die Initiative „Ein Stadtparlament für Rapperswil-Jona" liegt in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs nach Artikel 25 bis 31 der Gemeindeordnung der Stadt Rapperswil-Jona vor. Sie finden diesen im Anhang.

Warum der Stadtrat die Initiative ablehnt

Der Stadtrat empfiehlt der Bürgerschaft, die Initiative abzulehnen. Er verzichtet zudem ausdrücklich auf einen Gegenvorschlag. Die Vorlage des überparteilichen Komitees ist nach Ansicht des Stadtrats nicht ausgewogen.

Die nachfolgenden Gründe sprechen gegen die Einführung eines Parlaments.

Ein wichtiges Volksrecht ginge verloren

Mit der Einführung eines Parlaments würde die für die Stadt wichtige Institution der Bürgerversammlung wegfallen. Die Initiative zur Vereinigung der Gemeinden Rapperswil und Jona, welche 2007 von der Stimmbürgerschaft angenommen wurde, verlangte ausdrücklich die Beibehaltung einer Bürgerversammlung. Damit wollte man sicherstellen, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger zu allen wichtigen städtischen Angelegenheiten äussern und darüber abstimmen kann. Auch für den Stadtrat ist die Bürgerversammlung ein wichtiges Entscheidungsgremium der direkten Demokratie und eine Austauschplattform.

Stadtforum wäre nicht mehr praktikabel

Im Zusammenhang mit der Vereinigung von Rapperswil-Jona auf den 1. Januar 2007 wurden die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung bewusst verstärkt, weil die Vereinigungs-Initiative eine Gemeinde mit Bürgerversammlung vorgab. Deshalb wurde unter anderem ein Stadtforum als eines der wichtigsten Mitwirkungsgefässe der Stadtbevölkerung von Rapperswil-Jona gegründet. Im Stadtforum sind verschiedenste Interessengruppen, Parteien und insbesondere auch die Quartiere stark vertreten. Das Stadtforum hat zwar weniger Kompetenzen als ein Parlament, trotzdem ist es für den Stadtrat ein höchst wichtiges Gremium. Es trägt wesentlich zur Meinungsbildung und Entscheidfindung der Exekutive bei. Auch Anliegen aus der Bevölkerung fliessen über das Stadtforum in den politischen Meinungsprozess ein.

Für den Stadtrat sind die Anliegen aus der Bevölkerung und die Empfehlungen des Stadtforums sehr wichtig. Sie werden aufgenommen und geprüft. Mit der Einführung eines Parlaments wäre eine Fortführung des Stadtforums möglich, aber nicht praktikabel. Es entstünde eine Art Schattenparlament, das sich zwar zu allen Themen äussern könnte, doch wäre der Stadtrat an die Beschlüsse des gewählten Parlaments gebunden. Dazu wäre der Aufwand für beide Gremien unverhältnismässig hoch.

Parlament ist zu gross

Die Initiative sieht in der neuen Gemeindeordnung ein Parlament mit 36 Mitgliedern vor. Erfahrungen in anderen Parlamentsgemeinden zeigen, dass es schwierig ist, genügend geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für ein Parlament zu finden. In der Stadt St. Gallen zum Beispiel sind in der laufenden Amtsdauer bereits ein Drittel der Parlamentarierinnen und Parlamentarier vorzeitig zurückgetreten. Die vorgesehene Anzahl

von 36 Parlamentsabgeordneten erachtet der Stadtrat deshalb als zu gross.

Finanzbefugnisse nicht angemessen

Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Stadtrats wird mit Annahme der Initiative zu stark eingeschränkt. Dem Parlament müssten unverhältnismässig viele Vorlagen unterbreitet werden, weil die Finanzkompetenzen des Stadtrats im Initiativtext zu tief angesetzt sind. Gerade auch kleinere Investitionsvorhaben und Projektierungskredite könnten deshalb zu langwierigen und unnötigen Diskussionen führen. Die Exekutive einer Stadt mit rund 26'500 Einwohnerinnen und Einwohnern ist auf angemessene Finanzkompetenzen angewiesen.

Liegenschaftenkommission ist nicht effizient

Die Initiative sieht die Einsetzung einer Liegenschaftenkommission vor. Der Stadtrat erachtet dies als unzweckmässig und nicht als zielführend. Sie ist auch aus Effizienzgründen unnötig. Es ist wichtig, dass die Stadt Rapperswil-Jona die notwendigen Handlungsspielräume behält und über effiziente Abläufe verfügt. Mit einer Liegenschaftenkommission wird dies erschwert.

Organisation der Schule auch betroffen

Der Stadtrat wie auch der Schulrat vertreten die Auffassung, dass bei einer so wichtigen Frage auch die Organisation der Schule überprüft werden muss. Die Veränderungen im Schulbereich waren in den letzten Jahren in verschiedenster Hinsicht markant und einschneidend. Erfahrungen in anderen Gemeinden zeigen, dass neue zukunftsgerichtete Strukturen sehr wertvoll und notwendig sind. Um weiterhin eine qualitativ gute Schule gestalten zu können, gilt es Handlungsspielräume auszunützen. Die vorliegende Parlamentsinitiative sieht einen fünfköpfigen Stadtrat vor, der Schulrat würde weiterhin aus 7 Mitgliedern bestehen. In dieser Frage vertritt der Stadt- und Schulrat die Haltung, dass sich die Anzahl Ratsmitglieder nach der Grösse des Stadtrats richten soll. Auf keinen Fall soll der Schulrat in Bezug auf die Anzahl Mitglieder grösser als der Stadtrat sein.

Kompetenzen werden beschnitten

In einer Gemeinde mit Parlament werden die Kompetenzen zwischen Exekutive, Parlament und der Bürgerschaft aufgeteilt. In der vorliegenden Initiative verliert die Exekutive einen Teil ihrer Kompetenzen, während die Bürgerschaft mit Ausnahme der Bürgerversammlung praktisch die gleichen Kompetenzen wie bisher erhalten soll. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Kompetenzrahmen des künftigen Parlaments fast ausschliesslich zu Lasten der Exekutive ausgestaltet wird. Die Bürgerschaft wird mit dem vorgeschlagenen Organisationsmodell ebenso viel an die Urne gerufen wie bisher. Eine Entlastung der Bürgerschaft bei der Genehmigung von Baukrediten oder Liegenschaftskäufen findet somit nicht statt.

Organisationsüberprüfung ist geplant

Die heutige Behörden- und Verwaltungsorganisation basiert auf der erwähnten Vereinigung von Rapperswil und Jona. Sie bewährt sich grundsätzlich. Trotzdem hat sich der Stadtrat – auch aufgrund der vorliegenden Initiative – Gedanken über die künftige Organisation gemacht. Darin sind die Vor- und Nachteile einer Organisation mit Parlament

eingeflossen. Für den Stadtrat überwiegen jedoch die Nachteile, welche mit der Installierung eines Parlaments einhergehen. Wie bei allen Organisationen müssen selbstverständlich Optimierungen immer wieder geprüft werden. Der Stadtrat wird deshalb unabhängig vom Entscheid der nächsten Bürgerversammlung eine umfassende Auslegeordnung vornehmen und Organisationsanpassungen auf verschiedenen Ebenen prüfen. Die Überprüfung wird unter Beizug von ausgewiesenen Experten erfolgen. Das Stadtforum wird hier miteinbezogen.

Handlungsfelder

Die beiden Instrumente Bürgerversammlung und Stadtforum haben sich bis jetzt bewährt. Mögliche Handlungsfelder sieht der Stadtrat trotzdem beim Stadtforum, bei der Organisation von Stadtrat und Verwaltung sowie bei der Organisation des Schulrats und der Schulverwaltung. Das Stadtforum kann in Zukunft weiter gestärkt werden.

Der Stadtrat hat sich wie erwähnt intensiv mit der Initiative und der Einführung eines Parlaments auseinandergesetzt. Er äussert jedoch grosse Bedenken zur vorgeschlagenen neuen Gemeindeordnung. Sie greift in der vorliegenden Fassung zu kurz, weil sie nicht ausgereift und nicht ausgewogen ist. Die Initiative wird deshalb zur Ablehnung empfohlen.

Ablauf der Bürgersammlung vom 10. Juni 2015

Die Bürgerversammlung stimmt zuerst über Anträge auf Nichteintreten, Rückweisung oder Verschiebung ab. Wird kein solcher Antrag gestellt oder wird dieser abgelehnt, können von den Stimmberechtigten Änderungsanträge gestellt werden. Gemäss Art. 26 Abs. 4 des Gemeindegesetzes kann ein Drittel der Bürgerversammlung für die Schlussabstimmung zur Gemeindeordnung die Urnenabstimmung verlangen.

Vorgehen

Es ist im Kanton St. Gallen ein Novum, dass die Änderung der Gemeindeordnung über eine Initiative vorgeschlagen wird. Um ein korrektes Vorgehen zu gewährleisten, hat der Stadtrat ein Gutachten bei Professor Doktor Andreas Glaser in Auftrag gegeben. Das Ergebnis ist mit den beiden Komitees besprochen worden. Beide Komitees haben die Schlussfolgerungen akzeptiert.

Aufgrund dieses Gutachtens und den geltenden Bestimmungen in den Gesetzen und in der Gemeindeordnung wird die Beratung dieser Initiative in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil wird eine allgemeine Diskussion geführt. In dieser allgemeinen Diskussion können alle Überlegungen zur Initiative vorgebracht werden, aber noch keine Anträge zum Inhalt gestellt werden. In einem Parlament sagt man dieser allgemeinen Diskussion Eintretensdebatte. Nach Abschluss der allgemeinen Diskussion findet eine Abstimmung darüber statt, ob die Bürgerversammlung auch den zweiten Teil der Diskussion, die detaillierte Diskussion, in Angriff nehmen soll. In dieser detaillierten Diskussion könnten dann Anträge zur Änderung von einzelnen Artikeln gestellt werden. Dort kann aber auch ein Antrag über die Verweisung des Geschäfts an die Urne gestellt werden.

Spielregeln

Es ist richtig, dass nach achteinhalb Jahren über die Organisationsform unserer Stadt

diskutiert wird. Am Schluss der Bürgerversammlung können drei Resultate verbleiben. Die Initiative wird angenommen, die Initiative wird abgelehnt oder die Initiative wird zum Entscheid an die Urne verwiesen. Obwohl oder gerade weil es um eine grundsätzlich Frage geht, ist die Art und Weise, wie die Diskussion geführt wird, von grosser Bedeutung. In den bisherigen Bürgerversammlungen ist immer sehr sachlich und fair diskutiert worden, auch wenn es um umstrittene Themen gegangen ist. Es wird davon ausgegangen, dass das auch heute gelingt. Trotzdem einige Spielregeln:

- Wir nehmen uns genügend Zeit für die Grundsatzdiskussion
- Wir halten unsere Voten kurz
- Wir verzichten auf wiederholende Voten
- Wir reden zur Sache und nicht zu Personen

B. Ergänzende Ausführungen seitens der Initianten

Thomas Dormann, Oberseestrasse 100, macht als Vertreter des Initiativkomitees ergänzende Ausführungen zur vorliegenden Initiative. Er dankt den Anwesenden für das zahlreiche Erscheinen und das Interesse. Thomas Dormann geht in seiner Präsentation auf die Entstehungsgeschichte der Initiative ein und informiert über einen Besuch in der Stadt Wil SG. Anschliessend ist eine vollständige Gemeindeordnung ausgearbeitet worden, welche der Kanton vorgeprüft hat. Die Initiative wurde 2014 eingereicht und ist gültig zustandegekommen. Im weiteren Verlauf erläutert der Redner die Eckpunkte und die wesentlichsten Inhalte der Initiative bzw. der neuen Gemeindeordnung. Es ist eine Reduktion der Stadträte von sieben auf fünf Mitglieder des Stadtrats vorgesehen. Das heutige System mit zwei Kategorien von voll- und nebenamtlichen Stadtratsmitgliedern soll abgelöst werden. Sie werden dadurch inskünftig alle ähnliche Pensen haben und Führungsverantwortung tragen. Der Stadtpräsident, der Bauchef und der Schulpräsident werden aber weiter in das Amt gewählt werden können. Thomas Dormann macht noch Erläuterungen zu den drei ständigen Kommissionen innerhalb des Parlaments, welche in der neuen Gemeindeordnung vorgesehen sind. Es sind dies die Kommission für Stadtentwicklung und Verkehr mit elf Mitgliedern, die Geschäftsprüfungskommission mit sieben Mitgliedern wie heute und die Liegenschaftenkommission mit neun Mitgliedern. Die neue Gesamtstruktur bedingt, dass die Entscheidungs- und Finanzkompetenzen entsprechend angepasst werden. Die Regierungskompetenzen verbleiben aber vollumfänglich beim Stadtrat. Das Parlament erhält Gesetzgebungskompetenzen und die Bürgerschaft behält über das fakultative Referendum weiterhin das letzte Wort. Wiederkehrende neue Ausgaben über Fr. 500'000.-- während mindestens zehn Jahren kommen neu an die Urne. Alle Volksrechte werden nicht verändert wie beispielsweise Initiative und Referendum. Auch Unterschriftenzahl und Sammelfristen bleiben identisch. Auch beim Schulrat hat das Komitee nichts verändert, da sich das Schulmodell bewährt hat. Es gibt kein besseres Modell oder es drängt sich kein anderes Modell auf. Das Amt für Gemeinden hat den Initiativtext geprüft. Thomas Dormann zitiert das entsprechende Fazit aus dem Vorprüfungsbericht vom 8. Juli 2014. Danach gibt es keine Vorbehalte zum Entwurf.

Der Redner bittet die Anwesenden, sich auf die Diskussion einzulassen und auf die Vor-

lage einzutreten.

C. Haltung des Stadtrats zur Initiative

Stadtpräsident Erich Zoller dankt Thomas Dormann für die Vorstellung der Initiative und gibt die Haltung des Stadtrats bekannt.

Der Stadtrat hat die wichtigsten Argumente für seine ablehnende Haltung zur Initiative in den Unterlagen zur Bürgerversammlung und einlässlich auch gegenüber den Medien zum Ausdruck gebracht.

Ganz zentral ist, dass mit der Einführung des Parlaments ein wichtiges Volksrecht verloren ginge. An der Bürgerversammlung hat der Stadtrat die Möglichkeit, seine Überlegungen direkt dem Bürger dazulegen und der Bürger hat die Möglichkeit, seine Fragen und Anliegen direkt und verbindlich dem Stadtrat zu unterbreiten. Diese Möglichkeit ginge verloren.

Aber auch viele andere bewährte Mitwirkungsgefässe wie Stadtforum, Kulturrat, Naturschutzkommission oder die jährlichen Besprechungen mit verschiedenen Vereinen und Institutionen würden verschwinden oder deutlich an Bedeutung verlieren.

Der Stadtrat findet weiter, dass vor allem im Bereich Liegenschaften die Kompetenzen so stark beschnitten würden, dass seine Verhandlungsposition geschwächt würde und er auch - wenn nötig - nicht mehr rasch handeln könnte.

Aber auch andere Kompetenzen des Stadtrats würden unnötig eingeschränkt. Schon kleine Investitionsvorhaben und Projektierungskredite müssten im Parlament behandelt werden, was den Handlungsspielraum des Stadtrats ziemlich klein macht.

Nicht verständlich ist auch, dass mit der Einführung des Parlaments die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger genau gleich vielmal für kommunale Abstimmungen an die Urne gehen müssten.

Nicht überzeugt ist der Stadtrat auch von der vorgesehenen Organisation der Schule, inbesondere auch von der unterschiedlichen Anzahl Räte gegenüber dem Stadtrat. In Zukunft soll es sieben Schulräte geben, währenddem der Stadtrat nur noch aus fünf Mitgliedern besteht. Es ist nicht einzusehen, warum die Schule von der geplanten Reorganisation ausgeschlossen werden soll.

D. Diskussion

Stadtpräsident Erich Zoller eröffnet die Diskussion über den gemeinsamen Antrag.

Martin Stöckling, Präsident der FdP Rapperswil-Jona und Co-Präsident des Komitees „Nein zum Stadtparlament", Wäldliweg 19, ergreift das Wort. Er gibt zu bedenken, dass das Parlament eine unnötige und teure Veranstaltung ist. Es verhindert die direkte Mitsprache. In den letzten Jahren sind in der Schweiz acht Parlamente abgeschafft worden und nur vier neue dazu gekommen, obwohl die Städte und Gemeinden gewachsen sind. Es sind zum Beispiel Stimmen aus politischen Kreisen der Gemeinde Glarus Nord vorhanden, das Parlament nach vier Jahren der Einführung bereits wieder abzuschaffen. Martin Stöckling nennt Ortschaften, in denen nach kurzer Zeit viele Parlamentarierinnen

und Parlamentarier wieder zurückgetreten sind. Dies ist nicht im Sinne der Kontinuität und lässt Zweifel aufkommen an der Seriosität von Kandidaturen. Nach seiner Meinung stimmt es nicht, dass ein Parlament keinen negativen Einfluss auf die Kosten haben wird. Das Gegenteil ist der Fall. Das Parlament wird die Verwaltung auf Trab halten. Er denkt an Anfragen und Auskunftsbegehren von Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Dies gibt in der Verwaltung mehr unproduktive Arbeiten, die gemacht werden müssen. Zudem wird es mehr Projekte geben, die entsprechend Kosten verursachen. Der Votant macht zum Schluss noch auf einige Fehler und Gefahren der Initiative aufmerksam. Das Parlamentspräsidium hat nicht weniger als zwölf Mitglieder. Also etwa gleichviel wie jenes des st. sallischen Kantonsparlaments. Dies ist übertrieben. Martin Stöckling spricht auch die Finanzkompetenzen an. Ein Beispiel: Anstelle einer Million Franken sind es nur noch Fr. 750'000.-- für ein Grundstücksgeschäft. Dies reicht bei einer Stadt wie Rapperswil-Jona nicht. Die fest installierte Liegenschaftenkommission ist zudem unnötig. Absurd findet er, dass nur vier Mitglieder der Liegenschaftenkommission jedes Immobiliengeschäft blockieren und verzögern können. Ferner wird die Stadtentwicklung mit der dafür vorgesehenen Kommission verunmöglicht. Die vagen Angaben über die Pensen der Stadtratsmitglieder zwischen 70 und 100% in der Initiative belegen, dass sich die Initianten keine weiteren Gedanken dazu gemacht haben.

Gemäss Martin Stöckling ist es keine Frage, dass der Stadtrat reformiert werden muss. Sogar der Stadtrat hat versprochen, dies nach einer Auslegordnung auch nach Ablehnung der Parlamentsinitia-tive zu tun. Das Komitee, die CVP und die FdP werden diese Versprechen einfordern. Die Initiative ist deshalb abzulehnen. In der Folge soll bereits im Rahmen der Eintretensde-batte Nein gesagt und gar nicht auf das Geschäft eingetreten werden.

Stadtpräsident Erich Zoller verdankt das Votum und gibt zwischendurch die Teilnahmequote sowie ein paar Zahlen der heutigen Bürgerversammlung bekannt.

Anzahl Stimmberechtigte: Es sind 1'932 stimmberechtige Bürger anwesend, das entspricht fast 11%. Das absolute Mehr beträgt somit 967. Wenn auf die Detaildiskussion eingetreten wird, kann das Geschäft mit einem Drittel der Anwesenden an die Urne verwiesen werden. Dies entspricht einem Quorum von 644 Personen.

Er fährt anschliessend mit der Diskussionsrunde fort.

Nils Rickert, Co-Präsident des Initiativkomitees und Kantonsrat, Werkstrasse 20, meldet sich. Das Komitee hat intensiv an der Initiative gearbeitet und es ist positiv, dass fast 2'000 Leute mobilisiert werden konnten. Dies ist ein erster wichtiger Schritt in dieser Sache. Er dankt für das Kommen. Nils Rickert weist darauf hin, dass die angesprochene Liegen-schaftenkommission in anderen Parlamenten über Jahre hinweg bestens funktioniert. Es ist nicht sinnvoll, die Pensen der Stadträte in der vorliegenden neuen Gemeindeordnung festzulegen. Alles andere, was sinnvoll ist, wurde geregelt. Der Bürger kauft somit keine Katze im Sack. Er verwahrt sich auch gegen den Vorwurf, dass sich die Mitglieder des Komitees nur Job's schaffen wollen. Wenn man sich die Zusammensetzung anschaue, so sieht man, dass es Personen sind, die dies nicht nötig haben. Entweder sind sie bereits im Kantonsparlament und stehen in den Medien oder sie sind anderweitig engagiert, z.B. in der GPK. Damit haben diese Personen bereits heute Einblick, kennen die Stadträte oder haben sonst Zugang. Ein fünfköpfiger Stadtrat ist zudem richtig

und reicht, um die Anliegen einzubringen. Es geht heute ohnehin nicht um Personen, sondern um die Sache. Im Parlament sind Vertreter aus Vereinen, dem Gewerbe, den Quartieren, welche ihre Interessen direkt einbringen können. Verschiedene Leute aus Parlamentsgemeinden wie Gossau, Wil, Wetzikon und Zug bestätigen, dass es funktioniert. Es bringt nichts, von anderen zu reden. Schliesslich geht es heute um uns, Rapperswil-Jona, und das Vertrauen in die künftigen Volksvertreter dieser Stadt. Das Komitee glaubt daran. Er bittet deshalb die Anwesenden, für Eintreten zu stimmen.

Randolph Hanslin, Präsident der Stiftung RaJoVita, Gesundheit und Alter, Alpenblickstrasse 13, wendet sich an die Bürgerversammlung. Er stellt zu Beginn zwei Fragen: Finden wir genügend kompetente Parlamentarier, die auch den Durchhaltewillen haben? Führt das Parlament zu einer Beschleunigung von unseren Prozessen in dieser Stadt? Ein Parlamentarier muss seiner Ansicht nach immer mehr ein umfassendes Wissen haben, weil die gesellschaftlichen Probleme und Themen immer anspruchsvoller werden. Er macht ein Beispiel anhand der GPK. Es braucht bei diesem Beispiel entsprechendes Finanz- und Prozesswissen. Er bezweifelt, dass aus dem Kreis des Parlaments genügend kompetente Leute dafür rekrutiert werden können. Das zweite Beispiel betrifft das Mobilitätsforum, wo er selbst auch dabei gewesen ist. Man hat dort bis heute keine brauchbare Lösung gefunden. Alle wissen, dass es Fachexperten braucht, um solche Probleme zu lösen. Parlamentarier sind hier überfordert. Ein weiteres Beispiel ist nach ihm Bundesbern. Viele lassen hier ihre Voten von PR-Beratern schreiben. Randolph Hanslin kritisiert weiter ein paar Vertreter der Presse, welche sich im Vorfeld der Bürgerversammlung als PR-Berater des Initiativkomitees in „Pole-Position" gebracht haben. Er fragt sich, ob das die Politik ist, die wir wollen. Eine weitere Kritik bringt er bezüglich der Bemerkung im verteilten Flyer des Pro-Komitees an, die sich auf das geplante neue Pflegezentrum im Schachen bezieht. Als Mitglied verschiedener Arbeitsgruppen in diesem Projekt weiss er, dass das Projekt sehr professionell unterwegs und zeitlich auf Kurs ist. Was beim Projekt auffällt, ist die Verhinderungsmentalität in dieser Stadt. Kaum hat man eine Wiese für das Pflegezentrum in Betracht gezogen, wurde eine IG gegründet und mit dem Gang vor das Bundesgericht gedroht. Eine Beschleunigung der Geschäfte mit einem Parlament wird nicht eintreten. Das Gegenteil ist der Fall mit den in der neuen Gemeindeordnung vorgeschlagenen zeitlichen Abläufen. Es wird aufwändiger werden. Wir brauchen in Rapperswil-Jona nicht ein Parlament, sondern eine Veränderung der politischen Kultur. Das Gemeinwohl muss wieder stärker gewichtet werden als Partikularinteressen und dogmatische Grundsätze. Darum bittet er die Bürgerversammlung, nicht auf die Vorlage einzutreten und bei der ersten Abstimmung Nein zu stimmen.

Hubert Zeis, Co-Präsident des Initiativkomitees, Oberseestrasse 59, weist als nächster Redner darauf hin, dass die Stadt Rapperswil-Jona schlicht zu gross ist für eine Bürgerversammlung. Je grösser die Stadt ist, umso komplexer und grösser sind die Geschäfte einer Stadt. Es ist daher für den Bürger immer schwieriger, sich mit allem zu befassen. Es fehlt auch die Zeit dafür. Zudem ist es immer schwieriger, den Überblick zu behalten. Ein Beispiel dafür ist die vorliegende umfassende Broschüre für die Bürgerversammlung mit Jahresrechnung. Das Budget ist aber auf nur fünf Seiten abgehandelt und es fehlt eine Investitionsplanung. Weil es immer anspruchsvoller wird, den Durchblick zu haben, kommen immer weniger Bürger an die Bürgerversammlung. Dies heute ist eine Aus-

nahme. Aber heute geht es um ein spezifisches Thema, das bewegt. Die politischen Strukturen sind nicht der Stadtgrösse angepasst. Hubert Zeis weist auf den Projektüberhang hin. Seit der Vereinigung sind gesamthaft Projekte in der Grössenordnung von 40 Mio. Franken aufgelaufen. Für die nächsten fünf Jahre sind weitere Projekte für über 163 Mio. Franken in der Pipeline. Erst jetzt hat der Stadtrat auf Druck reagiert und will die Strukturen überprüfen. Das Grundproblem löst sich damit aber nicht. Es fehlt eine saubere Planung und Priorisierung. Eine Bürgerversammlung kann das nicht. Der vorliegende Entwurf der neuen Gemeindeordnung ist im Übrigen vom kantonalen Amt für Gemeinden vorgeprüft worden. Sein Komitee ist daher überzeugt, dass damit eine gute Lösung präsentiert wird und die Parlamentsgrösse angemessen ist. Mit dem Parlament erhalten die Bürger zudem mehr Transparenz. Abschliessend zeigt sich Hubert Zeis überzeugt vom Vorschlag des Initiativkomitees und macht Vergleiche mit anderen funktionierenden Parlamentsgemeinden. Er bittet die Anwesenden um ein Ja in der Eintretensdebatte und sich auf eine Diskussion einzulassen.

Fritz Schwenter, Vertreter des Südquartiers, Schönbodenstrasse 49, erzählt von seinen negativen Erfahrungen mit einem Parlament als Fürsorgesekretär und Amtsvormund in der Stadt Rorschach. Es ging damals um eine Arbeitsplatzbewertung, die wegen des Parlaments aufwändig und kompliziert war. Es wurden durch die Mitwirkung des Parlaments in diesem Prozess zudem hohe Berateraufwände und Folgekosten verursacht.

Andreas Bisig, GLP-Vizepräsident, Oberseestrasse 106, ist ganz klar für das Parlament. Die Form der Bürgerversammlung erfüllt seiner Ansicht nach die Kriterien der Demokratie nicht. Dieses System ist in Rapperswil-Jona am Ende seiner Lebenszeit angekommen. Es braucht eine zukunftsträchtige Lösung. Ein Parlament schafft Transparenz, kontrolliert den Stadtrat und sichert die Repräsentation. Darum ist die GLP für ein Eintreten auf die Vorlage.

Elisabeth Beer, Co-Präsidentin der UGS, Eichwiesstrasse 11, spricht als Vertreterin einer kleinen Partei. Die Stadt hat nach ihr endlich eine klare und strukturierte Gewaltentrennung nötig. Dies ist mit einem Parlament sichergestellt. Es kann damit eine Balance zwischen Exekutive und Legislative hergestellt werden. Sie bemängelt, dass man nicht über genügend Informationen verfügt und vor der Bürgerversammlung nur noch Ja oder Nein sagen kann. Direkte Demokratie ist auch mit einem Parlament möglich. Die grossen Parteien wie CVP und FdP verweigern sich und flüstern dem Stadtrat dauernd ein, wie er zu entscheiden hat. Demokratie heisst unter anderem auch Akzeptanz der Opposition und den Gegner anzuhören. Sie appelliert an die Bürgerschaft, auf das Geschäft einzutreten und nachher eine sachliche Diskussion über die neue Gemeindeordnung zu eröffnen. Sie ist ja auch von Experten akzeptiert worden.

Michael Lehner, Sägestrasse 3, ergreift das Wort und gibt der Vorrednerin in Bezug auf die direkte Demokratie Recht. Sie hat aufgezeigt, dass auch im alten System die direkten Volksrechte wahrgenommen werden können. Ihm würde die Bürgerversammlung und der direkte Kontakt zu Mandatsträgern fehlen. Er kann aber verstehen, dass das Mitwirkungsrecht oder die Mitwirkungspflicht gerne delegiert wird. Doch wen sollen wir wählen? Der Votant befürchtet, dass die richtigen Leute nicht gefunden werden oder sich nicht zur Verfügung stellen. Es ist schon auf Bundesebene schwierig, die richtigen Personen zu finden, weil man sie aufgrund von besonderen Profilen wählt. Beim Bund

geht es aber um etwas anderes als in der Stadt Rapperswil-Jona. Es geht hier um einfachere Sachen und deshalb braucht es kein Parlament. Aufgrund seiner Aufforderung stehen vereinzelte Personen aus der Mitte der Bürgerversammlung auf, die für ein Parlament kandidieren würden. Michael Lehner stellt fest, dass es wohl ungefähr 36 Leute sind. Damit könnte man zwar das vorgesehene Parlament bestellen, aber zum Listen füllen reicht es nicht.

Hedi Fürer, Moosstrasse 32, gibt auf die Aussage von Michael Lehner zu bedenken, dass auch nicht 18'000 Personen hier sind, sondern nur ungefähr 2'000. Es werden von den Gegnern der Initiative vehement die Vorteile der Bürgerversammlung hervorgehoben. Bei Projekten kann aber entgegen der Behauptung der Gegnerschaft kaum Einfluss auf diese genommen oder Änderungsanträge gestellt werden. Dies auch aus zeitlichen Gründen. Sie erzählt von gegenteiligen Erfahrungen, die sie gemacht hat. Als Beispiel erwähnt sie das Projekt für das Schulhaus Weiden mit zwei Turnhallen, wo sie einen Änderungsvorschlag für die Bühne eingebracht hat. Dies hätte Neuberechnungen zur Folge gehabt, weil das Ganze nicht mehr stimmte. Zudem hat man ihr gesagt, dass es nochmals dem Stimmbürger vorgelegt werden müsste. Sie hat sich dann gefragt, wann dies überhaupt möglich ist, ohne dass Zeit verloren geht. Ein zweiter Fall betrifft die Bushaltestelle Rütistrasse. Dort können sich offenbar nur Anstösser zum Projekt äussern. Aus diesen Gründen ist sie für ein Parlament, sonst ist die dreijährige intensive Arbeit des Initiativekomitees umsonst. Hedi Führer plädiert zum Schluss für eine Urnenabstimmung und bittet die Versammlung auf die Vorlage einzutreten.

Silvia Kündig, Kantonsparlamentarierin, Haldenstrasse 20, dankt vor ihrem Votum Hedi Führer für die kraftvolle Argumentation. Sie weist darauf hin, dass die Parlamentsarbeit machbar ist und die geäusserten Befürchtungen unberechtigt sind. Sie bestätigt zwar, dass die Prozesse langsamer werden mit einem Parlament. Aber es geht ja nicht darum, etwas möglichst schnell abzuhandeln. Es braucht Zeit, miteinander die Gesellschaft zu gestalten und es braucht eine Auseinandersetzung. Sie bittet deshalb darum, auf die Initiative einzutreten und die Zukunft zu gestalten.

Charly Hochstrasser, Neue Jonastrasse 90, bestätigt in seiner Ansprache, dass vielleicht der eine oder andere Entscheid länger gehen wird. Auch mehr oder weniger Kosten werden damit anfallen. Zudem fühlt er sich besser vertreten von 41 Leuten als von den jetzigen sieben.

Thomas Dormann, Oberseestrasse 100, Vertreter des Initiativekomitees, meldet sich nochmals zu Wort. Er vergleicht die heutige Situation mit jener aus der Vereinigungszeit und weist auf die inzwischen eingetretenen Veränderungen hin. Was damals zukunftsweisend gewesen ist, muss nicht unbedingt für heute gelten. Auch bei der Vereinigung von Rapperswil-Jona hat es Befürchtungen und Emotionen gegeben. Was damals höchst umstritten gewesen ist, wird heute als einzig richtiger Weg betrachtet. Auch von vielen Gegnern von damals. Er wünscht sich deshalb auch heute mehr Mut. Nach ihm ist es klar, dass das heutige System mit Bürgerversammlung an Grenzen stossen wird. Dies hat man schon zur Zeit der Vereinigung gesehen. Deshalb wurde das Stadtforum ins Leben gerufen. Man erhoffte sich damals, dass sich durch die Behandlung von wichtigen und komplexen Vorlagen und den stärkeren Einbezug der Bürger die Teilnehmerzahl an Bürgerversammlungen steigen wird. Das Gegenteil war der Fall. Die Teilnehmerzahl

ging weiter zurück. Das Stadtforum vermag die heutigen Bedürfnisse nicht mehr zu erfüllen. Diese Leute sind zudem nicht vom Volk gewählt und können deshalb nicht die nötige Verantwortung übernehmen. Dieser dritte Weg zeigt nach Thomas Dormann, dass er nicht sehr erfolgreich gewesen ist. Das sieht man auch an den sinkenden Teilnehmerzahlen der Bürgerversammlung. Grossprojekte wie das Lido-Areal, Pflegezentrum oder das Schloss können nur in einem Parlament vertieft diskutiert werden. Ans Stadtforum wurden unrealistische Erwartungen gestellt, da es nicht entscheiden kann. Es hat keine verbindliche Möglichkeit, echt mitzuwirken. Informationen fliessen zum Teil nur spärlich weiter, weil es nicht öffentlich ist. Der dritte Weg ist eine Sackgasse. Der nächste logische Schritt ist deshalb ein Stadtparlament. Thomas Dormann bittet die Anwesenden deshalb, für Eintreten zu stimmen.

Hans Moser, Langrütistrasse 11, ehemaliger Gemeindeschreiber und Schulpräsident der Gemeinde Jona, ergreift das Wort. Er hat die Vorlage gründlich studiert und sich Überlegungen gemacht zu den Vor- und Nachteilen. Man hat der Bürgerschaft bei der Vereinigung zugesichert, dass die Organisationsform im heutigen System mit Bürgerversammlung verbleibt. Er weist auf weitere Zusagen von damals hin. Und jetzt soll sich das auf einmal ändern. Dies ist nach ihm eine Zwängerei. Zur Zeit der Abstimmung über die Vereinigung haben viele Bürgerinnen und Bürger dieser zugestimmt im Wissen darum, dass die Bürgerversammlung beibehalten wird. Und jetzt soll dies schon nach einigen Jahren nicht mehr der Fall sein. Die GPK wird zudem beim Parlamentsbetrieb nicht mehr wie heute durch die Bürgerschaft direkt gewählt, sondern aus dem Kreis des Parlaments. Die Unabhängigkeit ist damit in Frage gestellt. Er kritisiert dies und zitiert verschiedene kritische Zeitungsberichte oder Leserbriefe aus heutigen Parlamentsgemeinden. Deshalb ist er für das Nichteintreten auf die Vorlage.

Max Winiger, Malermeister und ehemaliger Präsident des Gewerbevereins, Aubrigstrasse 14, meldet sich zu Wort und möchte eine kurze Ansprache halten. Als Gewerbler ist man sich gewohnt, die Ärmel nach hinten zu krempeln, zu arbeiten und nicht allzu viel zu schwatzen. Es braucht für ein starkes Gewerbe eine gute und professionelle Stadtführung. Dies ist gerade auch für das Gewerbe wichtig. Es ist auf perfekte Rahmenbedingungen angewiesen. Erstens, dass die notwendigen Entscheide speditiv, transparent und nachvollziehbar gefällt werden. Und zweitens - dies ist ihm sehr wichtig - müssen Entscheidträger ausreichende Kompetenzen haben und Vereinbarungen treffen können. Drittens muss ein möglichst direkter Austausch mit der Stadt gewährleistet sein. Das partnerschaftliche Handeln hat Rapperswil-Jona stark gemacht. Warum soll dies aufgegeben werden? Er appelliert deshalb, für ein Nichteintreten zu stimmen.

Regula Gut, Meienfeldstrasse 76, findet es toll, dass so viele Junge an der Bürgerversammlung sind. Sie glaubt daran, dass bei Einführung eines Parlaments genügend viele und gute Kandidaten dafür vorhanden sind. Sie bittet deshalb die Anwesenden, auf die Vorlage einzutreten.

Yves Kurfürst, Erlenstrasse 97, ist beeindruckt, was die Initiative bewegt hat. Er spricht damit auf die Teilnehmerzahl an. Es ist letztmals im 2007 bei der Vereinigungsinitiative so gewesen. Schon damals ist von den Gegnern behauptet worden, dass alles mehr kosten wird und die Steuern ins Unermessliche steigen werden. Dabei sind diese reduziert worden. Sicher ist es beschämend, dass bei 27'000 Einwohnern nicht mehr Leute ge-

funden werden, die in der Exekutive mitmachen wollen. Vielleicht hat dies auch mit beruflichen Gründen zu tun. Er ist selber zwar davon überzeugt, dass die Stadt gut geführt wird und der Stadtrat sicher nicht schlecht ist. Der Votant erwähnt die privilegierte Lage der Stadt und andere Vorteile, die zu guten Steuererträgen führen. Nach einigen Vergleichen mit anderen Gemeinden und Städten kommt er darauf zu sprechen, dass sich mit einem Stadtparlament alle öffnen müssen. Er ist deshalb davon überzeugt, dass sich genügend fähige Kandidaten für ein Parlament finden lassen. Im kleineren Wetzikon zum Beispiel haben 230 Personen kandidiert und von zwölf Vereinen sind elf im Parlament vertreten. Ein Nachteil der Bürgerversammlung ist nach ihm auch die Möglichkeit zur persönlichen Teilnahme. Er macht ein paar Beispiele. Man muss sich jetzt bewegen und Transparenz schaffen. Yves Kurfürst kritisiert überdies die Plakataktion der Gegnerschaft. Abschliessend ist er der Ansicht, dass gelebte Demokratie Eintreten auf die Initiative heisst.

Fabian Villiger, Fluhstrasse 26a, bezeichnet sich als Vertreter der jüngeren Generation um die 30. Der Vorwurf, dass es im Gegnerkomitee nur alte und verstaubte graue Mäuse gibt, stimmt seiner Meinung nach nicht. Auch dass die Jungen nichts bewegen und nichts machen könnten trifft nicht zu. Er ist da ganz anderer Ansicht. Es gibt genügend Beispiele, die das Gegenteil belegen. Fabian Villiger schätzt beispielsweise die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit mit dem Stadtrat im Zusammenhang mit dem Seenachtsfest Rapperswil. Er möchte deshalb auch seine Generation dazu bewegen, Nein zum Parlament zu stimmen.

Sina Gmünder, Obstgartenweg 6, eine Vertreterin der Jungen Generation von Rapperswil-Jona, meldet sich. Sie erwähnt in ihrem Votum einleitend die vielen Vorzüge der Stadt. Es ist ein hohes Niveau an Koordination, Organisation, Finanzierung und Planung vorhanden. Seit der Vereinigung hat sich eine Dynamik entwickelt. Die Stadt bietet auch für Junge in jeder Hinsicht gute Lebensqualität. Durch die Einführung eines Stadtparlaments ist das Erfolgsmodell von Rapperswil-Jona nach ihr gefährdet. Gerade in der heutigen Zeit ist es sehr wichtig, dass eine solche Stadt eine klar geregelte Führungsstruktur hat und die Hauptverantwortung von den Behörden übernommen wird. So kann sich die Stadt sehr optimal entwickeln. Sie will als kompetente Mitbürgerin selbst mitbestimmen und befürchtet, dass dies mit einem Stadtparlament nicht mehr möglich sein wird und sich die Entscheidungswege massiv verlängern werden. Durch Doppelspurigkeiten können keine sachorientierten Lösungen gefunden werden und die Effizienz geht verloren. Sie hilft gerne mit, die junge Generation für die Zukunft der Stadt zu begeistern. Aber ein ewig umstrittenes Stadtparlament motiviert die Jungen nicht, denn die Jungen wollen, dass das Erfolgsmodell von Rapperswil-Jona beibehalten wird. Als Vertreterin einer jungen Generation dankt Sina Gmünder deshalb für die Ablehnung der Initiative.

Erich Zoller, Stadtpräsident, dankt der Rednerin und sichert zu, dass eine ausgewogene Diskussionsmöglichkeit angestrebt wird. Bis jetzt halten sich die Befürworter und die Gegner der Initiative einigermassen die Waage. Ungefähr elf Votanten haben sich für die Initiative geäussert und ungefähr acht Votanten haben dagegen gesprochen.

Simon Bernhardgrütter, Sägestrasse 1, ist aufgrund der Grösse und Wichtigkeit der Vorlage für die Abstimmung an der Urne. Das ist alles, was er sagen möchte.

Urs Hämmerle, Präsident blues'n'jazz, Eisenbahnstrasse 5, weist in seinem Votum darauf hin, dass die Gespräche mit dem Stadtrat bezüglich Bewilligungsverfahren in den letzten siebzehn Jahren einfach und unkompliziert waren. Dass er in Zukunft die Verhandlungen mit einem Stadtparlament führen müsste, macht ihm Sorgen. Längere Wege und Bewilligungsverfahren sind abzusehen und erschweren die Arbeit massiv. Daher ist er gegen ein Stadtparlament und plädiert für ein Nein zum Stadtparlament.

Erich Zoller, Städtpräsident, stellt fest, dass die Diskussion erschöpft ist, nachdem sich niemand mehr für ein Votum meldet. Trotzdem stellt er die Frage, ob das Eintreten auf die bereits am Anfang angekündigte detaillierte Diskussion bestritten wird.

Martin Stöckling, Präsident der FdP Rapperswil-Jona und Co-Präsident des Komitees „Nein zum Stadtparlament", Wäldliweg 19, meldet sich nochmals. Im Namen des Komitees bestreitet er das Eintreten und verlangt die Abstimmung darüber.

Erich Zoller, Stadtpräsident, erklärt nochmals das Prozedere und den Inhalt der bevorstehenden Abstimmung. Er erläutert die Konsequenzen eines Neins oder eines Ja dieser Abstimmung. Wer die Initiative im Detail beraten möchte, muss jetzt Ja stimmen. Wer die Detailberatung der Initiative nicht will, muss Nein stimmen. Wenn die Mehrheit der Anwesenden, das sind 967, Nein stimmt, dann ist das Thema der Initiative vom Tisch. In einem solchen Fall ist die Initiative abgelehnt. Ein Verweis an die Urne ist nur möglich, wenn man in die Detailberatung einsteigt.

Nils Rickert, Co-Präsident des Initiativkomitees und Kantonsrat, Werkstrasse 20, ergreift nochmals das Wort. Er präzisiert das Vorgehen und erklärt nochmals die Option, das Geschäft an die Urne zu verweisen. Man kann sofort nach dem Eintreten eine Urnenabstimmung verlangen. Nils Rickert macht darauf aufmerksam, dass man also nicht in die Detailberatung gehen muss. Die Urnenabstimmung zu verlangen, ist sofort möglich, nachdem die Bürgerversammlung Eintreten beschlossen hat.

Erich Zoller, Stadtpräsident, bestätigt, dass diese Ergänzung von Nils Rickert absolut korrekt ist.

Lukas Schmucki, Bubikerstrasse 3, findet es unnötig, dass die Vorlage kurz nach dem Eintreten an die Urne verwiesen wird. Dieses Vorgehen ist dieser Bürgerversammlung nicht würdig. Er empfiehlt in der Folge, Ja oder ein Nein zur Initiative zu stimmen. Oder jetzt Nein bzw. Ja auf Eintreten zu stimmen, wenn die Anwesenden die 75 Artikel noch im Detail durchberaten möchten.

Erich Zoller, Stadtpräsident, stellt fest, dass die Diskussion nun erschöpft ist und lässt abstimmen. Er erwähnt nochmals die Konsequenzen des Resultats, die aufgrund seiner Vorbemerkungen zum Prozedere nun bekannt sind.

E. Abstimmungen

Auf die Frage des Versammlungsleiters, wer im Detail über die Initiative diskutieren möchte, zeigt sich, dass dies in der Abstimmung grossmehrheitlich abgelehnt wird. Damit wird nicht auf die Initiative eingetreten und die Vorlage ist vom Tisch. Erich Zoller dankt für die sachliche und faire Diskussion. Er fasst nochmals den Beschluss zusammen.

F. Beschluss

Der Beschluss lautet somit wie folgt:

Auf das Initiativbegehren „Ein Stadtparlament für Rapperswil-Jona" wird nicht eingetreten.

Traktandum 4

Allgemeine Umfrage

Gemäss Art. 45 des Gemeindegesetzes wird nach Erledigung der angekündigten Geschäfte die Allgemeine Umfrage eröffnet. Dabei können Fragen von allgemeiner Bedeutung über einen Gegenstand aus dem Aufgabenbereich der Stadt gestellt werden. Werden Anträge gestellt, deren Behandlung in die Zuständigkeit der Bürgerschaft fällt, können sie beraten, zur Begutachtung und Ausarbeitung eines Beschlussentwurfs an den Rat gewiesen oder verworfen werden.

Das Protokoll liegt ab Mittwoch, 24. Juni bis Dienstag, 7. Juli 2015 in der Stadtkanzlei im Stadthaus zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

Die Allgemeine Umfrage wird nicht benützt.

Zum Abschluss der heutigen Bürgerversammlung dankt *Stadtpräsident Erich Zoller* für das Interesse und die Diskussionen und lädt die Anwesenden zum traditionellen Apéro ein. Er weist noch auf die eigens für diese Bürgerversammlung organisierten Busse hin, die alle 20 Minuten fahren.

Schluss der Bürgerversammlung um 22.20 Uhr.

Stadtrat Rapperswil-Jona

Erich Zoller
Stadtpräsident

Ricardo Müller
Stadtschreiber-Stv.

Stimmenzähler

Nicole Albrecht

Ursula Studer